

**Annoncen-  
Bureau:**  
In Bosen  
außer in der Expedition  
bei **Gruski (H. H. H. & Co.)**  
Breitengasse 14;  
in Gießen  
bei Herrn **H. Spindler**,  
Markt u. Friedrichstr. Ecke 4,  
in Gießen bei Herrn **H. Streifand**,  
in Frankfurt a. M.:  
**H. F. Dörbe & Co.**

**Annoncen-  
Bureau:**  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen:  
**Rudolph Hoff;**  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg  
Wien u. Basel:  
**Hausen & Pögl;**  
in Berlin:  
**A. Kellmeyer, Schloßplatz**,  
in Breslau: **Emil Kahlh.**

# Posener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 67.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-  
jährlich für die Stadt Posen 1½ Tglr., für ganz  
Preußen 1 Tglr. 24½ Sgr. Bestellungen  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Montag, 10. Februar  
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 3 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder  
deren Raum, dreisgehaltene 5 Sgr., sind  
an die Expedition zu richten und werden für die an  
demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10  
Uhr Vormittags angenommen.

1873.

## Amtliches.

**Berlin, 9. Februar.** Der Kaiser hat die vom Direktorium der Kirche ausburgischer Konfession zu Straßburg vorgenommene Ernennung des Pfarrers Ferdinand Hufelt zu Ernolsheim zum zweiten Pfarrer in Brumath im Unter-Elsass bestätigt. Den Conrad Heinrich Donner in Altona, Chef des gleichnamigen Handlungsbaues und Gutsbesitzer, in den Adelsstand erhoben, und den Rechtsanwalt Fehner zu Hamm der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß als unbesoldeter Beigeordneter der Stadt Hamm für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer bestätigt.

Der L. bair. Notariatskandidat Joseph Döcker aus Rixingen ist zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Großschauen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Hellimer ernannt.

## Telegraphische Nachrichten.

**Dresden, 9. Februar.** Die Besserung im Befinden der Königin nimmt den befriedigendsten Fortgang. Nach dem heutigen Bulletin hat dieselbe die letzte Nacht gut geschlafen, der Appetit hebt sich und die Kräfte sind im Zunehmen begriffen.

**Konstanz, 9. Febr.** Gestern Abend fand hier eine sehr zahlreiche besuchte Volksversammlung statt, bei welcher Dr. Micheli aus Heideberg und Prof. Friedrich aus München mit großem Beifall aufgenommene Reden hielten. — Von der Geistlichkeit werden Flugblätter verbreitet, in denen von der Beteiligung an den Versammlungen der Alt Katholiken abgerathen wird.

**Wien, 8. Februar.** Im Ministerium begannen heute abermals Konferenzen mit den Deputirten aus der Provinz über die Eintheilung der Wahlkreise, weil der Kaiser die Vermehrung der antideutschen namentlich kirchlichen Elemente anbeabsichtigt. Vorläufig ist noch nicht abzusehen, wann das Gesetz betreffend die Wahlreform wird eingebracht werden. Den Posen wurden die weitgehendsten autonominischen Zugeständnisse angeboten. (Privatdep. d. Pos. Btg.)

**Wien, 9. Febr.** Die verwitwete Kaiserin Karolina Augusta ist heute Mittag 12½ Uhr an Erschöpfung der Kräfte ruhig entschlafen.

**Peft, 8. Februar.** Das Unterhaus beschloß in seiner heutigen Sitzung einen Antrag auf Ausweisung der Jesuiten aus Ungarn behufs weiterer geschäftsmäßiger Behandlung zunächst drücken zu lassen.

**Bern, 8. Februar.** Wie aus Genf gemeldet wird, hat der dortige Staatsrath sämtlichen katholischen Pfarrern des Kantons, welche das päpstliche Breve betreffend die Ernennung Mermillod's zum apostolischen Vikar von Genf ohne Bewilligung des Staates verlesen haben, auf drei Monate das Gehalt entzogen. Der Bundesrath hat über die neue Phase der Mermillod'schen Angelegenheiten einen eingehenden Bericht seines politischen Departements entgegengenommen, aber noch keinen Beschluß gefaßt. Ebenso hat die Regierung des Kantons Genf ihrerseits die Fassung eines Beschlusses in dieser Angelegenheit auf den Wunsch des Bundesrath noch bis zur nächsten Woche verschoben.

**Paris, 8. Februar.** Morgen werden zahlreiche Personalveränderungen in den Präfekturen erwartet. Mehrere am 4. September ernannte Präfekten werden in Disponibilität versetzt, ebenso der Generalsekretär Haffon in Paris. (Privatdep. d. Pos. Btg.)

**Paris, 8. Februar.** Nach einer soeben aus Versailles eingetroffenen Nachricht werden sich die Regierungsblätter mit den erzielten Resultaten zufrieden erklären, nachdem selbst der Berichterstatter Broglie mit den ersten 2 Paragraphen des Artikels 4 einverstanden ist. (Privat-Dep. der Pos. Btg.)

**Versailles, 8. Februar.** Nationalversammlung. Gavini verlangt, daß der Tag für die Beratung der Petition der Einwohner von Ajaccio, welche gegen die Ausweisung des Prinzen Napoleon protestiren, festgesetzt werde. Depierre schlägt vor, diese Diskussion auf den Sonnabend, nach dem Votum der Nationalversammlung über den Bericht der Dreißiger-Kommission, zu vertagen. Gavini erklärt sich hiermit einverstanden. Bethmont sieht in dieser Uebereinstimmung der Bonapartisten und der Legitimisten ein Zeichen der Vereinigung beider Parteien. (Lebhafte Bewegung.) Auf den Vorschlag Baragnon's beschließt die Versammlung, die Diskussion über die erwähnte Petition auf den zweiten Sonnabend nach dem Votum über den Bericht der Dreißiger-Kommission zu vertagen. — Die Dreißiger-Kommission nahm in ihrer heutigen Sitzung zu dem Art. 3 des konstitutionellen Gesetzes betreffend das Verfahren bei Interpellationen ein von Haussonville gestelltes Amendement an, nach welchem der Vizepräsident des Ministeriums in der Nationalversammlung von der Tribüne herab die jedesmalige Entscheidung des Ministerrathes, daß eine Interpellation eine Frage der allgemeinen Politik betreffe, proklamiren soll. Nach Verwerfung von drei weiteren vom Justizminister Dufaure eingebrachten Amendements wurde darauf das Gesetz in der Fassung der Kommission pure angenommen und der Herzog von Broglie mit 19 Stimmen (3 Stimmen fielen auf Gribart, 7 Stimmzetteln waren unbeschrieben) zum Berichterstatter gewählt.

**Rom, 8. Februar.** Der Papst hat heute den französischen Botschafter beim päpstlichen Stuhle, Grafen Corcelles zur Entgegennahme seines Beurlaubungsschreibens empfangen. — Die Kommission der Deputirtenkammer für den Gesetzentwurf, über die religiösen Körperschaften hat an die Minister die Einladung ergehen lassen, ihrer am Montag stattfindenden Sitzung beizuwohnen. — In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Marineminister, Contre-amiral Riboth, auf eine Interpellation über den Zweck des Aufenthalts italienischer Kriegsschiffe in den ostasiatischen Gewässern, daß der Kapitän Nachia nur zum Schutze des Handels und behufs Vornahme hydrographischer Untersuchungen in den Gewässern von Venedig kreuze.

**Rom, 9. Februar.** Die zwischen Italien und Großbritannien abgeschlossene Konvention bezüglich der wechselseitigen Auslieferung

von Verbrechern ist von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Visconti Venosta und dem großbritannischen Gesandten, Sir. A. Paget am 5. d. unterzeichnet worden. — Der betreffende Ausschuß der Deputirtenkammer hat seine Beratungen über das Rekrutierungsgesetz beendet.

**Florenz, 8. Februar.** Der zu Ehren des verstorbenen Kaisers Napoleon veranstalteten Todtenfeier haben die Spitzen der Behörden von Florenz, mehrere Parlamentsmitglieder, Deputationen der Armee und der Nationalgarde, Vertreter von Municipien und viele andere hervorragende Persönlichkeiten beigewohnt; trotz des schlechten Wetters war eine zahlreiche Menschenmenge zugegen.

**Konstantinopel, 8. Februar.** Wie verlautet, wird die Statthalterchaft von Donauvilapet Midhat Pascha übergeben werden. — Seitens Rußlands werden an türkische Beamte zahlreiche Orden verliehen. (Privatdep. d. Pos. Btg.)

**Serajewo, 8. Februar.** Der bosnische Landtag, welcher zu einer vierzigstägigen Session zusammengetreten ist, wurde heute eröffnet.

**Serajewo, 8. Februar.** Auf den Wunsch aller fremden Vertreter und entsprechend den telegraphisch eingelangten Petitionen der Christen und Türken wurde Assim Pascha auf seinem gut verwalteten Posten belassen. (Privatdep. d. Pos. Btg.)

**Athen, 8. Februar.** Die Regierungen Frankreichs und Italiens lehnten die Vorschläge der griechischen Regierung betreffs der Laurionfrage ab. (Privatdep. d. Pos. Btg.)

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 8. Februar.

— Das Schreiben, welches der Ministerpräsident in Sachen des Geheimen Ober-Regierungsraths Wagener an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses gerichtet hat, war bereits seit einigen Tagen in gewissen Abgeordnetenkreisen bekannt. Es scheint, daß man die Abhandlung mehrfach beanstandet hatte und es wird erzählt, die Angelegenheit habe noch einmal das Staatsministerium in seiner letzten vertraulichen Besprechung beschäftigt und sei von diesem beschloffen worden. Vor der Sitzung des Abgeordnetenhauses konferirte übrigens der Ministerpräsident Graf von Noen mit den beiden Präsidenten von Köller und von Venninghausen längere Zeit. Die Rede Lascher's vom Freitag hat in Bezug auf ihre Ausdehnung nur zwei längere Vorgänge. Sie gehören der Konfliktzeit an, und beziehen sich auf eine Rede des Abgeordneten Gneist, welche vier Stunden und eine Rede des Kriegsministers von Noen, welche drei Stunden währte. Wie die „Nordd. Allg. Z.“ schreibt, ist der Direktor der Eisenbahn-Abtheilung, welchen der Herr Abg. Lascher in seiner Rede hauptsächlich meint, nicht der Vorgänger des jetzigen Direktors, sondern der vorletzte Direktor: Ostern 1868 ging der Min.-Dir. v. d. Ned plötzlich ab, demselben folgte der Min.-Dir. v. Wolf, welcher im Herbst 1869 im Amte starb. Seit 1869 fungirt der jetzige Direktor Weichhaupt.

— Der „Berl. Börs.-Cour.“ kann sich nicht enthalten, an die Rede des Abgeordneten Lascher in der Freitagssitzung einige sachliche Berichtigungen zu knüpfen. Herr Lascher sei im Irrthum, wenn er das Disagio, mit dem die Aktien übernommen wurden, für Bucher erkläre, ein Disagio sei häufig durch die Verhältnisse geboten, ob in den vorliegenden Fällen in dem Maße, müsse freilich dahingestellt sein. Uebrigens habe der Handelsminister selbst in konkreten Fällen einen mehr als eigenthümlichen Modus befolgt. Das genannte Blatt kann mit Bestimmtheit mittheilen, daß derselbe in einem Falle, in dem ebenfalls ein Disagio unvermeidlich war, und in dem der dem Handelsminister neu eingerichtete Entwurf, einen Posten von 400,000 Thln., für Disagio in Ansatz brachte, dem betreffenden Hause erwiderte, es müge diesen Posten auf die einzelnen Titres der Kosten v. theilen. Der Handelsminister hat somit die Anregung zu einer Täuschung seitens des mit der Finanzierung der betreffenden Bahn beschäftigten Hauses gegeben.

— Die Adresse der preussischen Bischöfe an den Kaiser und König ist am 7. d. M. wie die „Germania“ meldet, beim Hofmarschallamt abgegeben worden. Sie enthält denselben Gedanken, wie die, welche vom Episkopat an den Landtag gerichtet worden war.

— Nach der „D. N.-Korresp.“ halten sich jetzt die Feudalen von den Hofflichkeiten fern. Dem Hofball am Donnerstag wohnte auch der Abgeordnete Lascher bei.

— Wie man in Hofkreisen hört, bildet die Angelegenheit des Kammerherrn Grafen Schaffgotsch augenblicklich den Gegenstand der Verhandlungen zwischen dem Oberstkämmerer und dem Staatsministerium. (D. W. B.)

— Am 2. d. M. ist in Köln der Senats-Präsident am rheinischen Appellationsgerichtshof, Ferdinand Koch, plötzlich verstorben.

**Mainz, 5. Februar.** Gestern Abend ist endlich, nachdem schon seit Wochen die wegen der Terrainbeschaffung für die neuen Festungsbauten erhobenen letzten Schwierigkeiten beseitigt waren, der durch den Kaiser vollzogene und demgemäß jetzt perfekt gewordene Stadterweiterungsvertrag eingetroffen. Da sich in letzter Zeit Jedermann auf die bevorstehende Stadterweiterung eingerichtet hatte und demnach die Geschäfte in ein förmliches Stoden gerathen waren oder eben geradezu schwindelhaften Charakter angenommen hatten — weil eben jeder sichere Werthmagstab fehlte — so wird die endlich eingetretene Entscheidung mit doppelter Freude begrüßt.

**Dresden, 8. Februar.** Nach dem heute ausgegebenen Bulletin hat die Königin ruhig geschlafen. Das Fieber ist nicht wiedergekehrt, auch hat sich der Kräftezustand etwas gebessert.

**Darmstadt, 8. Februar.** Der Ständeversammlung sind heute von dem Ministerium des Innern die Gesetzentwürfe über die innere Verwaltung, die Vertretung der Kreise und Provinzen, sowie über die Städte- und Gemeindeordnung vorgelegt.

**Stuttgart, 8. Februar.** Die Abgeordnetenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf das 21. Lebensjahr bei der Schlußabstimmung mit 50 gegen 25 Stimmen angenommen. Der Gesetzentwurf betreffend die Bestreitung des Aufwands für außerordentliche Militärbedürfnisse wurde an eine besondere Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

**Versailles, 7. Februar.** Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung der Dreißiger-Kommission kam der dritte Artikel des konstitutionellen Gesetzes betreffend das Verfahren bei Interpellationen zur Verathung, ohne daß es nach langer Diskussion zu einer Beschlußfassung kam. Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

**London, 8. Februar.** Die Kohlenarbeiter in Südwales haben zu einem beträchtlichen Theile die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem das System der Doppelschicht von ihnen angenommen worden ist und steht eine vollständige Beendigung des Streiks in Kürze zu erwarten. — Unweit Dunbar fand ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge statt, bei welchem 9 Personen getödtet wurden.

**Liverpool, 7. Februar.** Bei der heutigen Parlamentswahl wurde der konservative Kandidat Torr mit 18,702 Stimmen zum Mitgliede für Liverpool gewählt. Auf den liberalen Gegenkandidaten Cairne fielen 10,790 Stimmen.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. Februar.

— Wie der Korrespondent der „Dsl. Btg.“ aus unterrichteter Quelle erfährt, ist vor dem gemeinschaftlichen Erlaß des Protestes der Erzbischöfe von Posen und Köln gegen die kirchenpolitischen Gesetzentwürfe zwischen dem polnischen „Primas“ und dem Erzbischof Melchers eine weitläufige Korrespondenz geführt worden, in welcher die Frage erörtert wurde, ob nach dem kanonischen Recht der Erzbischof Melchers berechtigt sei, im Namen sämtlicher preussischer Diözesen in dieser wichtigen Protestangelegenheit das Wort zu führen, oder ob den polnischen Diözesen das Recht einer besonderen Vertretung bei dem Protestat zugesprochen sei. Das Resultat dieser schriftlichen Erörterung war, daß der Forderung des Erzbischofs Grafen Ledochowski bei der amtlichen Vertretung der preussischen Diözesen dem Erzbischof von Köln als gleichberechtigter zur Seite zu stehen, nachgegeben wurde. Es liegt auf der Hand, daß diese Forderung mit der heutigen politischen Lage der Dinge im Widerspruch steht und völlig unberechtigt ist; denn das heutige preussische Staatsrecht kennt in Preußen weder polnische Diözesen, noch einen polnischen Primas-Representanten derselben.

— In der nächsten Sitzung (Mittwoch) des landwirthschaftlichen Vereins (Kr. Posen) wird Herr Kreisrichter Stiebler einen Vortrag über die neue Grundbuchordnung halten.

— Im **Volksgarten-Theater** wird heute zum Benefiz für die Soubrette, Frau Kitz, welche sich durch ihr heiteres, munteres Spiel zahlreiche Verehrer erworben hat, das Stück „Therese Krones“, Genrebild in drei Akten, aufgeführt.

r. **Zu Schiedsmännern** sind im Kreise Posen während des 4. Quartals des vergangenen Jahres gewählt resp. wiedergewählt und bestätigt worden: der Ritterschaftsbesitzer Helling in Jagiewitz für den 1. Bezirk des Polizeidistrikts Dwinst, der Distriktskommissarius Käufer in Bolechowitz für den 2. Bezirk des Polizeidistrikts Dwinst, der Kammerer Nowicki in Stenzewo für die Stadt Stenzewo, der Mühlbesitzer Seeliger in Hammer für den 4. Bezirk des Polizeidistrikts Dwinst, der Kunstgärtner Jorgis in Posen für den 12. Bezirk von Posen, der Buchhändler Ledwoh in Posen für den 1. Bezirk von Posen.

r. **Auf der Domäne Althöfen** (Kr. Birnbaum) sind Silbermünzen und Silberstücke im Gewichte von 6,6 Pfund gefunden worden, welche Freitag den 14. Februar d. J. im hiesigen l. Regierungsgebäude meistbietend verkauft werden sollen.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**Berlin, 9. Februar.** Die Umsätze im heutigen Privatverkehr waren mäßig, weil man genauere Nachrichten über die Entscheidung der Dreißigerkommission aus Paris erwartete. Die Course waren im Allgemeinen etwas höher als gestern. Kredit 204¼, 5 Lombarden 118¼, a 118¼, Staatsbahn 202¼, a 2¼, a 3, Kölnische 168¼, Rheinische 157¼, Bergische 124, Galizier 105¼, Nordwest 133¼, Ober-schlesische 219¼, Diskonto 280, Darmstädter 191¼, Meiningen 148¼, Preuß. Bank 203, Deutsche Kredit 106, Silberrente 67¼, Papierrente 64¼, Franz Rente 87¼, Italiener 65½, Türken 52¼, Laura 255, Dortmund 183¼, Stadtberger 105¼, Donnerstard 103, Wien 92¼.

\*\* **Tabakssteuer-Gesetz.** Dem Vernehmen nach hat die Reichssteuer-Kommission die auf die Steuer und Zollsätze bezüglichen Artikel des Tabakssteuergesetzes mit einer einzigen Aenderung angenommen. Es ist nämlich die Steuer von inländischem Gewächs auf 8 statt auf 9 Thaler per Zentner festgesetzt worden, also der Zollschuß um 1 Thlr. erhöht, da der Zoll auf ausländischem Tabak keine Aenderung erfahren soll.

**Wien, 7. Februar.** Lombarden-Einnahme vom 22. bis 28. Januar: Italienisches M. Plus 40,635, Oesterreichisches do. Plus 74,756. — Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahn betragen in der Woche vom 29. Januar bis 4. Februar 545,609 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 131,413 fl.

**Leunberg, 8. Februar.** Der Direktor der Sambora Hypothekenbankaktiale wurde wegen eines Defizits von 471,000 fl. verhaftet. — Die Dnieser Bahn wird wahrscheinlich liquidiren.

**Petersburg, 7. Februar.** Bei der Reichsbank und deren sämtlichen Filialen ist der Wechselkurs auf 7 pCt. und der Lombardzinsfuß auf 8 pCt. herabgesetzt worden.

**Washington, 7. Februar.** Der Schatzkanzler Boutwell hat den Termin für die Einlösung von 100 Millionen der 1882 rückzahlbaren 7½ Bonds dahin abgeändert, daß die Auslösung am 1. März, die Rückzahlung am 1. Juli d. J. stattfindet, um den Termin für die letztere mit dem Zeitpunkte der europäischen Einzahlung auf die neue Anleihe von 300 Millionen in Uebereinstimmung zu bringen.

# Vom Landtage.

## 39. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

(Schluß.)

Abgeordneter Laßler fährt fort: Nun kommt das unschuldige Geschäft über die Kautionsstellung, von dem ich sagen kann, ich habe die volle Ueberzeugung, der Herr Ministerpräsident verstehe es nicht so leicht, wenn es nicht erläutert werde. Die Gesellschaft nämlich hatte, nein nicht die Gesellschaft, sondern die drei Gründer, — es ist schwer, das Ding auseinanderzuhalten, die Herren erscheinen hier in ihren verschiedenen Eigenschaften, also die drei Gründer hatten die Kautionsstellung, und zwar 225,000 Thaler. Später nun wollten sie die Effekten gerne heraus haben — ein durchaus zu billiges Verlangen — die Effekten waren gestiegen, und siehe da, das Geld fehlte, wurden Aktien der Gesellschaft aus dem Depot genommen und verkauft, Stammaktien zu 40 Proz., Stammprioritätsaktien zu 70 Prozent und die Gesellschaft wird also belastet mit einem Verluste der Kursdifferenz von ungefähr 190,000 Thlr. in Kapital und 13,000 Thlr. jährlichen Zinsunterschied zwischen dem Gelde, welches die Regierung als Verzinsung gegeben hat und den Zinsen, welche sie während der Bauzeit zu zahlen haben. Was haben nun die Herren Schuster u. Co. und Oder gethan? Sie verkaufen die Kautionsstellung, die Buchung aber, d. h. die Zahlungsnachweisung für die Gesellschaft, daß sie offen belastet worden ist mit der Ausgabe so und so vieler Aktien und mit Zins- und Coursverlust, ist etwa 5 Monate später geschehen. M. H., dem Handelsrichter waren nun nachgewiesen: Vollzeichnungen und Zahlungen von 10 Prozent waren ergangen. Als die Herren den Handelsrichter im Februar antraten, hatten sie eben das Statut verändert, konformiert nach dem neuen Gesetze und traten diejenigen Beweise an, welche das neue Gesetz von ihnen forderte. Der Handelsrichter sagte: „Da ich die Verwaltungsprinzipien des Handelsministers nicht kenne, so ist seine Bescheinigung mir nicht glaubwürdig genug, (hört!) und ich wünsche die direkte Nachweisung der Zeichnungen.“ Herr Wagener erkennt selbst an, daß weder vollgezeichnet, noch 10 Proz. eingezahlt war und dennoch wurde eine falsche Angabe beim Handelsrichter durch die Herren Wagener, Schuster und Oder gemacht, was nach dem Handelsgebuch drei Monate Gefängnis kostet. (hört!) der Handelsminister aber hatte ihnen die Bescheinigung der Nachweisung gegeben (hört!), diese befindet sich bei den Akten. Dazwischen liegen nun Thatsachen, die für mich durch viele Umstände wahrheitsgemäß gemacht sind, die ich aber übergehe, da der eine Zeuge, welcher die übrigen Aussagen eifrig erhärten will, für sie nicht eintreten wollte. Ich hoffe, daß wir über sie zu einer Untersuchung gelangen werden, geschäftlich dies nicht, werde ich glaubhaftes Material beibringen; denn diese Thatsachen müssen ans Licht gezogen werden, wenn ich nicht selbst der Unwahrheit und Unzuverlässigkeit bezichtigt vor dem Publikum dastehen soll. Nur eine zur Illustration der Eisenbahnpolitik des Handelsministers! Es wird gesagt, daß die Baunternehmer den Unternehmern nicht voll bezahlen, sondern sie hinhalten, um, es wird mir gemeinschaftlich bescheinigt, daß man in der Heimat der Bahn mit den Stammaktien 10 bis 15 Prozent glaubt handeln zu können. Eisenbahnen behalten, mit welchen man Stammaktien bekommen und handeln kann, das heißt doch ein bißchen Ninaldo Ninaldini gespielt. (Sehr richtig.) Ich komme jetzt zu dem System Stroußberg, zur Breslau-Warschauer und zur Nordbahn. Das System Stroußberg hat angefangen mit der ostpreussischen Südbahn und aufgeführt mit den Unternehmungen in Rumänien. Anfangspunkt und Endpunkt sagen bereits, wozu dieses System führt, — die Person hat selbst davon Zeugnis abgelegt — angefangen nämlich damit, daß der Unternehmer denjenigen, welcher hinter ihm stand, um alles Geld gebracht hat bei der ostpreuss. Südbahn, angefangen damit, daß diejenigen, welche die Aktien gezeichnet haben heute, ich glaube nach fünf oder sechs Jahren noch nicht dazu kommen können, sie zu einem Paricours zu bringen, denn es ist auch im Jahre 1871 immer noch keine Rendite vertheilt. Geendet aber hat das Unternehmen damit, daß wir die Demoralisation über uns hereingebracht sehen, daß unter dem Namen im Ausland einen Mafel erhalten hat, daß unendliches Unglück über zahlreiche preussische Unterthanen und deutsche gebracht worden ist durch Herrn Stroußberg und leider, leider in Verbindung mit den glänzenden Namen der Aristokratie (hört! hört!) Herr Stroußberg hat durch die Begünstigung, die ihm der preussische Handelsminister gewährt hat, als dies Unwesen noch sehr klein war, sich soweit zu arrangiren gewußt, daß er bei seinem letzten Unternehmen, welches ihn allerdings, ich will nicht sagen, wie von der öffentlichen Bühne verdrängt hat, es verstanden hat, vier Namen von dem höchsten Adel gewissermaßen vor seinen Wagen anzuspinnen und ihn in Rumänien und in Deutschland Kredit zu machen für eine schlechte Sache und der eine oder der andere dieser vier glänzenden Namen ist nachweislich für dieses Geschäft bezahlt worden. So hat das System geendet, aber glauben Sie nicht, daß nicht inzwischen ungeheures Unheil im Lande angerichtet worden ist, denn auch in Preußen sind vom Handelsminister fünf bedeutende Konzessionen an Stroußberg gegeben worden. Herr Stroußberg hat bekommen die Konzession 1) für die ostpreussische Südbahn; die Stammaktien haben 1870 Nichts ergeben, auch nicht 71, ihr jetziger Cours ist 46 1/2 Prozent (hört! hört!) Stammprioritäten haben 70 und 71 Nichts ergeben, jetziger Cours 74 1/2 Prozent 2) Berlin-Görlitz; die Stammaktien haben 1870 1 Prozent ergeben, 71 Nichts, Cours 170, das hat für mich die Bedeutung, daß es eine von Natur sehr vortrefflich rentirende Bahn ist, die nur vorläufig durch einen schlechten Bau überlastet ist, eine der besten Bahnen ist volkswirtschaftlich verschleudert worden. Die Stammprioritäten haben 1870 5 Prozent, 1871 6 1/2 Prozent gegeben. 3) Halle-Sorau-Guben, Stammaktien 1870 4 Prozent, ebenso 1871 und trotzdem Cours nur 66 1/2, Stammprioritäten erhalten 5 Prozent aus dem Baufonds, Cours 83 1/2, d. h. man traut dem Frieden nicht, sondern man weiß, daß später die Revenuen so fein werden, weil sie durch Baukosten überlastet sind. 4) Hannover-Altenbeken, Stammaktien 1870 5 Prozent, ebenso 1871, Cours 84, also mit Empfehlung von 5 Prozent werden die Aktien in die Welt gebracht, aber der richtige Cours erhält sich doch (Redner giebt noch mehrere Details aus dem Courszettel.) So ist das System Stroußberg über einen sehr großen und weiten Theil der Monarchie verbreitet und es ist mir glaubhaft versichert worden, daß gar nicht selten der Handelsminister schon in den ersten Stadien, wenn man sich um Vorarbeiten bei ihm bewarb, Anweisung gegeben hat, man möchte sich mit Stroußberg in Verbindung setzen, weil dieser schon Schritte für diese Vorarbeiten gethan habe. Die Folgen dieses Systems sind folgende: 1) die Bahnen werden viel theurer gebaut, mit einem viel größeren Nominalkapital, als sonst bei ehrlichen Leuten; ich stelle „ehrlich“ im Gegensatz zu diesem System (Weiterkeit). 2) Wird das Gesetz über die Eisenbahnsteuer hintergangen, denn dasselbe nimmt die Steuern von den Revenuen und, wenn die wahren Kapitalien zum Vorschein kommen die wirklich bezahlt werden, ergeben sich 4, 5 Prozent Revenuen, die besser werden müssen; dadurch aber, daß Scheinverträge abgeschlossen werden und man 82, 70, 60 Thlr. für 100 erhält, werden natürlich keine Revenuen gegeben und der Staat ist um seine Steuern geprellt (sehr richtig! links), unter Mitwirkung eines anderen Zweiges der Staatsverwaltung, welcher dies System begünstigt. Außerdem fallen die Personen hinein, welche diese Verhältnisse nicht verstehen. Wie die Gimpel fallen die Landleute, die Kommunen hinein, die Vollzahlungen machen in der Hoffnung, dadurch die Bahn zu Stande zu bringen; der gute Landmann bezahlt und die Geldherren stecken den Profit in die Tasche. Dann liegt folgendes klar auf der Hand: Wenn die Tarife festgelegt werden, so werden sie von der Aufsichtsbehörde nach dem Selbstkostenpreise bemessen. Da der Staat es in der Hand hat, den Tarif herabzudrücken, so wird er sich erkundigen: Wieviel beträgt die ursprüngliche Anlage? Wenn also minderwertige Papiere zu hoch ausgeben werden, so werden statt 4 Millionen in Wahrheit 6 Millionen berechnet und es sind die Transporttarife viel höher. Wenn der Staat sich gefallen läßt, daß die Tarife nicht unter dem Prozentsatz der Selbstkosten herunterdrücken kann, so versteht es sich von selber, daß es ein großer Unterschied ist, ob die Herstellungskosten 200,000 oder 300,000 Thlr. jährlich an Zinsen geben, und wenn der Vertreter des Handelsministeriums die Sache nicht so berechnet, so bin ich auf seine Verwaltungsgrundsätze außerordentlich neugierig. Wie kommen aber Personen dazu, die Aktien zu niedrig abzugeben? Hier entsteht ein offenes Geheim-

niss. Die Regierung ist wissend und theilnehmend an der Umgehung des Gesetzes (hört! hört!); sie läßt übermäßige Tarationen zu in dem Bewußtsein, daß Aktien dafür im Nominalwerthe gegeben werden; sie nimmt Theil an den mannigfachen Machinationen, welche durch Scheinverträge gemacht werden, damit das Aktiengeßes umgangen werde. Was entsteht dadurch für die Volkswirtschaft im Ganzen? Ein theurer Eisenbahnbau, denn es werden Personen dazu angelockt, die bloß Nutzen und Gewinn davon ziehen wollen, bald aus dem hohen Adel, bald Abenteurer, natürlich auch von der hohen Finanz. Diese gehen aber in der Geßesumgehung nur bis zu einem gewissen Stadium und fangen an ordentlich zu werden, wenn sie ihren Gewinn haben, während die Abenteurer fort und fort durch einen Schmutz von Scheingeschäften gehen, wie wir sie einmal gehört haben bei der pommerischen Bahn und bei anderen Bahnen, die leider in Verbindung stehen mit dem Prinzen Biron und anderen Namen. Wenn nun solche Scheinverträge gemacht werden, so ist die Folge davon, daß man mit den Preisen für die Baaren nicht wädhlich ist; man giebt hohe Preise für geringe Waare; es leidet dadurch der Bahnbau und die Verbesserung und es werden Menschenleben gefährdet. Es werden die Preise in die Höhe getrieben und die realen Bahnen, namentlich aber der Staat, wird mit einem ungeheuren Konto belastet, weil er eine Konkurrenz illegitimer Bahnen hat und in Folge dessen alle Materialien mit viel höheren Preisen bezahlen muß. — Aber jetzt komme ich zu einem Schaden, der dieser Beschädigung gegenüber fast noch mehr ist, dem gegenüber meine ich, daß alle übrigen Beschädigungen Nebensachen sind, und da kann ich Zeugnis ablegen. Als Stroußberg auftrat mit seinen vom Handelsminister hochgepriesenen Erfindungen, die aber nicht neu, sondern von den bekannten Operationen der Miro's und Pereire's abgeschrieben waren, die schließlich vor dem Justizpolizeiricht zu Ende gespielt wurden, — da war er noch ein sehr unangehener Mann, damals wollte noch Niemand sein Rival werden; aber jeder dieser Bankier und jede Firma war stolz darauf, mit diesem Manne nichts zu thun zu haben, der für sie eine fremdartige Pflanze war. Der Bankpräsident dachte ebenso und zwar im Gegensatz zu seinem Chef, denn er nahm seine Wechsel nicht und warnte auch einige Kaufleute, sich mit einem so unsoliden Menschen einzulassen. Jetzt sind die meisten angelegenen Firmen kleine Stroußberg's, ja überbieten ihn in Machinationen, die zur Umgehung des Gesetzes beitragen und in Wahrheit Wucher im Großen sind. Nach meiner Anschauung sind zur volkswirtschaftlichen Entwicklung Unternehmungen jeder Art nöthig, der begabte Kopf wird jederzeit einen größeren Antheil am Gewinn haben, als der mittelmäßige. Heute aber ist der Unterschied zwischen legitimen und illegitimen Gewinn so weit vergrößert, daß im Lande Unternehmer jeder Art in denselben Kessel der Verurtheilung geworfen werden; einer der schlimmsten Fehler, denn die Schwindler stecken schnell ihren Arm unter den des rechtlichen Mannes und sagen: Wir beide sind doch Schwindler. So wurde mir ein ultrareaktionäres Blatt — ich weiß nicht, ob es noch dem Geh. Rath Wagener gehört — gezeigt, das stand in der Revue viele Namen als Mitglieder von Verwaltungsräthen aufgeführt, mit der Bedeutung: Einer ist so schlimm wie der Andere. Beispielsweise wird dabei der Kollege v. Schorlemer-Alst genannt, der sich nicht wenig wundern wird, unter die Gründer gekommen zu sein, er wird aber genannt neben den Unternehmern der pommerischen Zentralbahn. Das klingt so: Wir sind entweder alle besser wie unser Ruf, oder wir taugen alle nichts. Da habe ich von gegnerischer Seite Zuschriften mit der Drohung erhalten, man werde meine politischen Freunde kompromittiren, so großen Skandal als möglich machen und dafür sorgen, daß möglichst viele mit hineinfallen. Ich habe dieser Drohungen gespotet. Wer ein gutes Gewissen hat, braucht sich um solche Dinge nicht zu kümmern, und sollten sich unter die anständigen Männer solche geschlichen haben, die nicht dahin gehören, dann heraus mit ihnen! (Lebhafte Zustimmung.) Die gute Gesellschaft sieht sie aus, sie sind vergessen und die Volksmoral bleibt unberührt. (Lebhafte Beifall.) So lange sie als heimliches Gift noch in der anständigen Gesellschaft liegen, schaden sie, darum — ausschließen. Die Stroußberg'schen Unternehmungen geschehen in folgender Form. Ich habe mir, um ganz sicher zu gehen, ein Vertragsformular verschafft, von dem ich im Voraus gelte, daß ich einzelne seiner Punkte gar nicht verstehe, so daß ich auch nicht weiß, ob sie etwas verbergen. Der Vertrag betrifft eine sehr bedeutende Summe, die ich einstweilen nicht nenne, weil ich fürchte, Eingeweihte werden sofort an ihr erkennen, um was es sich handelte, und weil ich die Anstellung einer Untersuchung darüber wünsche. Sollte diese nicht stattfinden, so werde ich die Namen nennen. Zuerst kommt also die Aktiengesellschaft zu Stande, wie, werde ich später an einem Beispiel zeigen, und nun löst sich aus dem ursprünglichen Unternehmen ein Finanzgeschäft ab. Ein Theil der Unternehmer tritt als Bau-, ein anderer als Finanzkommission auf. Nun kontrahiren die Gründer mit dem Finanzkomitee und sagen: wir übernehmen von euch sämtliche Aktien, so weit sie nicht gezeichnet sind von den einzelnen Nachbarn zu Hause, und die übernehmen wir zu dem Course al pari, das heißt, dem Gesetze genügen, Vollzahlungen sind vorhanden. Nun schließen sie einen Kaufvertrag mit dem Baukomitee, worin sie sagen, wir geben dir anslagsmäßig für alles dies gesammte Kapital, welches wir vielleicht abzüglich einiger Kosten vom Minister genehmigt erhalten haben. Nun aber schließt das Baukomitee mit dem Finanzkomitee einen Vertrag, in welchem das Erstere dem Letzteren verspricht, statt des vollen Betrags der Aktien 72 Prozent zu nehmen, also gegen 28 Prozent Provision. Die Anschläge sind dadurch um 28 Prozent theurer gemacht, als sie dem Minister vorlagen und die Aktien stehen auf 72 Prozent gegen den Inhalt des Gesetzes. Die Vertreter der Kreise bitte ich, sich dies Formular zu merken. Es heißt nämlich: eine so und so große Summe ist bereits von den Landleuten zu Hause gezeichnet worden, damit das Geschäft zu Stande kommt. Dann weiter: wenn aber noch fernere Zeichnungen gemacht werden, während das Baukapital schon gesichert ist, in der Meinung zu Gunsten der Bahn Vollzeichnungen zu machen, die Aktien 28 Prozent weniger werth sind, da ja das Baukomitee berechtigt sein sollte, Aktien zu 72 Prozent an das Finanzkomitee zu geben, so wird der Gewinn zwischen den beiden Komitees getheilt. Aber das geht noch weiter; nach Abzug der Auslagen und der Vergütungen, welche für die Gründer gegeben sind, also die Gründer sind auch theilhaftig bei der Ausbeutung der Nachbarn zu Hause, diejenigen Gründer, welche im Interesse des Publikums aufgetreten sind, um ihrer Heimat eine Bahn zu verschaffen. Ich hatte früher immer ungeheuren Respekt vor den Vorarbeiten und den Auslagen dazu und da habe ich von einem Techniker erfahren: die Vorarbeiten kosteten früher 150 Thaler pro Meile, jetzt 300 Thaler. Wenn wirklich ein Gründer in diesem Falle 50,000 Thaler erhalten hat, so ist dies doch immer unbedeutend. Ich wiederhole nochmals, daß gerade dieser Fall untersucht werden muß. Endlich ist mir zu meinem Erstaunen mitgeteilt, daß das Bau- und Finanzkomitee dieselben Personen sind. (Weiterkeit.) Da erscheint mir folgender Passus unerklärlich: das Finanzkomitee giebt dem Baukomitee dafür, daß es ihm die Geldgeschäfte verschafft hat, eine Provision von 102,000 Thlr. Ich mache keine Bemerkung dazu, weil ich hoffe, daß die Untersuchung Alles klarstellen wird. Da haben Sie also einen Vertrag, wie die ersten Finanzfirmen Berlins sie abzuschließen pflegen. Jetzt komme ich in die Region der Abenteurer und dazu gehören die Bahnen, welche der Prinz Biron und der Fürst Butbus mitgebracht hat. Als Gründer treten neben denselben auf ein Registrirator im Ministerium Bernhard und ein Bauingenieur Thiele. Indessen man nennt solche Konzession nur mit einem Namen, man sagt immer, das ist die Bahn die der Prinz Biron gebaut hat. Einer ist ja immer der, der die leitende Idee hat und den Einfluß, um die Konzession zu erreichen. Nun soll die Bahn Breslau-Warschauer gebaut werden. Ich nehme an, daß Prinz Biron eine Bahn über sein Gut haben wollte. Als neulich hier zur Sprache kam, daß immer noch trumme Chaussees in den Kreisen gebaut werden, welche die großen Güter berühren, haben Sie Alle anerkannt, daß es nicht edel ist. Jetzt ist es eine noble Gesinnung, daß man eine Bahn unter den zweifelhaftesten Umständen durchbringt. (hört! hört! Weiterkeit!) Prinz Biron tritt mit diesen Personen zusammen. Zuerst find die Unternehmer eine gemeinschaftliche Gruppe; wenn es eine Aktiengesellschaft werden soll, trennen sie sich; ein Theil wird Verwaltungsrath, der andere Theil Baukommission; dann kontrahiren die beiden mit einander. So war es auch in diesem Falle. Prinz Biron wurde Vorsitzender des Verwaltungsrathes, die Herren Bernhard und Thiele bildeten die Baukommission. Einen Theil der Aktien sollte das Bau-

konfortium bekommen, ein anderer in der Gesellschaftskasse bleiben. Nun sagt sich Herr Bernhard in den Verwaltungsrath wählen. Das wurde dem Prinzen Biron zu arg und er schied aus. Da haben wir einen Fall, wo später die Gefinnung eintritt, nachdem der Mann erfahren hat, wie es zugeht. Der Vertrag über die 100,000 Stammaktien war bereits vollzogen. Der Ingenieur Thiele ist zugleich erster Beamter der Breslau-Warschauer Bahn und vom Verwaltungsrath beauftragt, die Arbeiten des Baukonfortiums zu kontrolliren. (hört! hört! links) auf seine Bescheinigung werden die Beträge ausbezahlt. Diese Breslau-Warschauer Bahn ist bloß eine Täuschung! Als sie gebaut werden sollte, sagte der Handelsminister: Ich gebe die Konzession nicht eher, bis ihr den Anschluß an Warschau seigt; sie sollte nämlich bloß bis Wieruszow gebaut werden. Der Handelsminister soll auch gesagt haben, es sei ein lobenswerthes Unternehmen, eine Sadgasse zu bauen, während ich die Verfügung des Handelsministers gelesen habe, daß die Konzession nicht ertheilt werden könne. (hört! hört!) In das Statut wird aber hineingekriechen: „Breslau-Warschauer Bahn, preussischer Antheil.“ Das verstehen nämlich sehr viele nicht. Dem Herrn Handelsminister scheint das nebensächlich, er kennt aber noch nicht alle Nebenwege. Die Zeichner verweigerten nämlich die Einzahlung und behaupteten, daß sie nicht für eine Bahnsadgasse gezeichnet hätten, sondern der Meinung gewesen wären, die Bahn sollte nach Warschau fortgeführt werden, und sie sind durch richterliches Erkenntnis von der Einzahlung entbunden worden. (hört! hört!) d. h. das Oberhandelsgericht hat festgestellt, daß eine Täuschung im Spiele war. Nun, m. H., die vielen Nebenwegen dieser Bahn lasse ich bei Seite. Daß sie sich in den allertrügerischen Verhältnissen befindet, daß die Aktien nur 10 Prozent oder weniger werth sind, — das weiß ich nicht. Thatsache ist, daß zuletzt Lokomotiven gegen 10 Thlr. täglich haben gepachtet werden müssen, also Betriebsmittel. Das ist der gegenwärtige Zustand also, die Bahn mit allen Mitteln zu erhalten, wozu man sie bekommen kann. Aber eine Menge von Personen, darunter auch der Großherzog von Baden, hat das volle Geld für die Aktien gezahlt, während die übrigen fast ohne Werth untergebracht sind. Nachher ist diese Bahn sogar den Herrn Handelsminister angegangen, ihr zu gestatten, noch Prioritäten auszugeben, was natürlich in diesem Falle abgeschlagen worden ist, denn Hr. Bernhard, dieser frühere Registrirator in einem der Ministerien, ist Vorsitzender des Verwaltungsrathes und hat diese Gesellschaft geleitet. Daß alle diese Generalversammlungen Scheinversammlungen sind, wenn die Aktien von der Gesellschaft selbst verkauft werden, — daß das Fesselspiel ist, wenn die Personen im Namen von Aktien auftreten und in solche Generalversammlungen einen lebendigen Menschen daraus machen, während sie alle in der Tasche der Gesellschaft stecken — das ist doch leicht ersichtlich. Ich will vorsichtig sein, ich meine nicht alle, aber diejenigen, die in Wahrheit nicht an den Zeichnungen Theil genommen haben, sondern bloß an „Bauunternehmungen“, und wie das System Stroußberg noch heißt! — Ich komme jetzt zu der hiesigen „Nordbahn.“ Da geht dasselbe vor und wieder sind die theilhaftigen Personen der Fürst Butbus, der Prinz Biron, Herr Bernhard und Herr Thiele (Weiterkeit), Fürst Butbus und Prinz Biron sind Verwaltungsrath, Bernhard und Thiele Baukonfortium. Ich habe über diese Bahn nicht genug urkundliches Material, ich will hoffen, daß es in der Untersuchung gleichfalls sich ergebe, — aber mir ist persönlich kein Zweifel darüber, daß es das System Stroußberg wieder ist, in welcher Weise Baukonfortium, Verwaltungsrath sich zusammengethan hat, und hier sind auch Trinsgelder angetheilt worden, Summen von bedeutender Höhe, die ebenfalls Gegenstand der Untersuchung sein werden. Diese Geschäfte unterscheiden sich vom niedrigsten Wucher wie ein Ei vom andern. Weshalb aber diese Unternehmungen schlimmer sind, als die sogenannten Wucherer, deren Namen ich jetzt nicht nennen will, das besteht darin, daß die andern kleine Geschäfte machen, wie sie sie gerade bekommen, während diese Wucherer mit so ungeheuren Summen umgehen, daß sie Personen kaufen können, die für kleine Summen nicht zu haben sind, daß also die Korruption, die bei den Wucherern nur unter dem niedrigsten Gefindel sich bewegt, bis in die höchsten Stadien hinaufsteigt; darin liegt die große Gefahr. Ich habe über das, was im Lande vorkommt, genug mitgeteilt, um erstens die Angaben zu rechtfertigen, welche ich das vorige Mal gemacht habe. Sofern ich Ihnen diese Thatsachen als urkundlich und unter Zeugeneid gestellt und durch Bücher zu erweisen darthue, so werden Sie mir in der That Recht geben, daß ich wirklich nur leise ein ungeheures soziales Uebel das vorige Mal berührt habe. (Sehr richtig!) genug, da wir Alle ohne Unterschied dabei theilhaftig sind, eine Aufklärung der Thatsachen herbeiführen, und m. H., lassen Sie mich noch eines mit wahrhaftem Stolz anführen; ich darf sagen: Soweit meine Erkundigungen reichen, habe ich nicht gefunden, mit Ausnahme einzelner Nebenpersonen habe ich unseren Staatsbeamten, soweit ich es ermittelt habe, einen Vorwurf nur darin zu machen, daß sie der Leitung des Geschäftes nicht gewachsen sind (sehr richtig! links), daß sie hineingetaumelt sind in einen verderblichen Weg. (Sehr wahr! links.) Aber hier vor dem Lande und vor der Welt möchte ich feststellen: was früher als Gerücht umgegangen ist und selbst mir zu Ohren gekommen ist, als ob Charakterchwäche bis zur Korruption in den Beamtenkreisen vorkäme und sogar in der hohen Beamtenkreise hinein, das weise ich weit von mir und weit von den Beamten (Bravo), ich habe wenigstens, soweit ich Erkundigungen eingelesen habe, nirgends auf etwas Greifbares stoßen können, sondern immer nur auf einzelne Ausnahmen, die ich namhaft machen könnte zur Untersuchung der Thatsachen, die aber nicht solidarisch sind mit dem Gros der andern. Es sind ganz vereinzelte Ausnahmen und ich will die Namen um deswillen nicht nennen, weil die Beweise bei mir soweit nicht geführt sind und ich immer hoffe, daß die einzuleitende Untersuchung wird Aufklärung schaffen können und namentlich jedem Betheiligten Gelegenheit geben wird, öffentlich Rede zu stehen. Es sind auch der Zahl nach nur wenige. Redner wendet sich demnach zu einer Kritik des Verfahrens, welches der Handelsminister bei Konzessions-Ertheilungen beobachtet, anknüpfend an seine früheren bezüglich den Ausführungen, wonach Kreise und Kommunen oft mit größeren Schwierigkeiten um Erlangung von Eisenbahnkonzessionen zu kämpfen hatten, als Privatsleute. Er verliest aus hier eine Reihe von Schriftstücken, die ihm von Bürgermeistern und Kreis-Angehörigen mehrfach zugegangen und seinen früheren Behauptungen zur Seite stehen, jedenfalls wie er weiter ausführt, aber geeignet seien, auch hier die Nothwendigkeit einer Systemänderung und Reform als unabweisbar erscheinen zu lassen. Redner schließt: Nun, m. H., so traurig diese ganze Angelegenheit war, seit Jahren hat mir Niemand in diesem Hause dieses Geschäft abgenommen, vermuthlich weil sie nicht in der Lage gewesen sind, diejenigen Nachweise zu führen, wie ich sie zu führen im Stande bin. Aber ich glaube, da ich die Dinge soweit gefördert habe, nachdem ich urkundliches Material und auch Zeugen beschafft, welche bereit sind — ich habe bei Niemandem angefragt, sondern nur wie mir das Material ins Haus geströmt ist, habe ich es aufgenommen, soweit dies möglich war, ohne amtliche Unterföhung — daß das Haus nicht von mir erwarten kann, daß ich die Weiterverfolgung dieser Dinge zu einer Privatsache meines Lebens mache, ich meine, daß ich diese traurige Pflicht bis jetzt als Pflicht eines Abgeordneten betriebe habe. Nun aber habe ich den Wunsch, möge das Haus, mögen die Vertreter, und die Autorität des Landes an meine Stelle treten, denn ich habe keine Lust, hier als Ankläger aufzutreten, mich in die Rolle eines Staatsanwalts herabdrücken zu lassen und mir Briefe schreiben zu lassen, wie mir heute unter der Autorität des Herrn Ministerpräsidenten geschrieben ist, so daß ich wie ein Anzeiglagar dargelegt werde, während ich nur das Landes-Interesse verfolge. Nein, m. H., ich will innerhalb dieses Hauses, innerhalb der Volksvertretung jeden Dienst leisten, will helfen, das Wahre von dem Falschen zu unterscheiden und will unparteiisch untersuchen, und ich werde gewiß von der größten Freude erfüllt sein, wenn die Thatsachen so aufgeklärt werden, daß das Uebel auf ein Minimum herabgedrückt wird, aber, meine Herren, die Last kann ich länger nicht allein tragen, sondern ich wünsche, möge das Abgeordnetenhaus, möge die Staatsregierung an meine Stelle treten, ich werde wenigstens den Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Thatsachen stellen (hört, hört! Bravo! links), und ich hoffe, daß die künftige Staatsregierung, soweit dies thunlich ist, mitwirken wird. Wir werden nicht eingreifen in die Autorität der Staatsregierung. Mich in

teressiert z. B. das Benehmen des Herrn Wagener als Beamter gar nicht, ich will ihn auch nur so beurtheilt wissen, als wenn er ein Privatmann wäre, was aus seinem Beamtenverhältnis folgt, das mag die künftl. Staatsregierung selbst beurtheilen, aber ich glaube, ich bin berechtigt, den Wunsch hier an diese Versammlung zu richten, möge auch die Volksvertretung vor dem ganzen Lande darthun, daß in den entscheidenden Körperlichkeiten noch nicht die Tendenzen überhandnehmen und großen Einfluß haben, welche derartige Zustände im Lande möglich machen (Beifall.) Meine Herren, ich glaube, außerdem werden wir die Untersuchung darauf richten müssen, sind nicht auch die gesetzlichen Bestimmungen daran schuld, sind nicht auch Lücken in dem Gesetze vorhanden, die einerseits den Verkehr zu sehr einengen und die andererseits eine Umgehung des Gesetzes nicht treffen. Hierzu können wir Material geben, und selbst von denjenigen Personen, welche wir der Umgehung des Gesetzes ziehen, möchte ich hören, was sie gezwungen, das Gesetz zu umgehen. Aber unaussprechlich ist die Position einer Regierung, welche ihr Eisenbahnsystem baut auf eine Weise, die eine offensichtliche Umgehung des Gesetzes ist. Die Lage der Regierung müßte eine solche sein — wenn der Handelsminister sagt, er baue die Eisenbahn, wie er sie bekommen könne, so antworte ich ihm, volkswirtschaftlich ist es überhaupt nicht richtig, daß Alles, was man erhält, an sich ein Vortheil ist. Aber Niemand verlangt von dem Handelsminister, daß er, ein Gentleman, nun eintrete, behufs Vermehrung der Volkswirtschaft für die Umgehung der öffentlichen Gesetze des Staates; er mag sagen, unter diesen Gesetzen, unter diesen Umständen kann ich Euch keine Eisenbahn schaffen — er hat überhaupt nicht Eisenbahnen zu verschaffen aber er kann bei der Regierung darauf hinwirken, daß die Gesetze des Landes umgeändert werden, damit die Autorität des Staates gewahrt bleibe. — Endlich werden wir auch dafür Material bekommen, ob denn nicht die Angelegenheiten so beschaffen sind, daß in der That dem Uebel nur durch Staatsbahnen abgeholfen werden kann. Vielleicht kommen wir sogar zu dem Resultat — und dann ist die Untersuchung von der äußersten Wichtigkeit für die Frage, ob die 120 Millionen bewilligt werden sollen, das wird zum Theil sogar von dieser Untersuchung abhängen. Ich gehe nicht weiter darauf ein. Ich habe von einem bedeutenden Kenner des Eisenbahnwesens einen Brief erhalten, worin er den Handelsminister beschuldigt, daß er in Bezug auf das Eisenbahnwesen die Staatsautorität nicht mit dem gebührenden Nachdruck gewahrt war, deshalb der Eisenbahnbetrieb auf das äußerste in Verwirrung gerathen ist. Er theilt mir damit, daß eben der Zustand des hiesigen Bahnhofes der Anhaltischen Bahn seit Jahren attemmäßig als nicht zureichend ermittelt ist, und die Staatsregierung, welche durch das Eisenbahngesetz die Autorität hat, dergleichen Dingen abzuwehren, hat nichts Wirksames gethan — ich sage nicht, daß der Handelsminister keinen Schritt gethan hat — aber keinen wirksamen. Diesen Theil der Verhandlungen lasse ich hier aus, bei dem Gesetz über die Eisenbahnkommisariate werden wir Gelegenheit genug haben, darüber zu verhandeln. Jedenfalls bitte ich heute: darum, das Haus möge mir versetzen, daß ich begonnen habe und weiter gezwungen bin, durch Gewissen und Pflicht, dergleichen Schäden, welche nach meiner besten Einsicht gewissen Kreisen nicht zur Ehre gereichen, die aber jetzt noch ohne Schaden für das ganze Land aus der öffentlichen Gesellschaft ausgestoßen werden können, zur Kenntniß des Landes und des Hauses zu bringen, und daß ich an das Haus die Bitte richte, es möge jetzt das Seine thun, wie ich glaube, das Meinige gethan zu haben. (Lauter anhaltender Beifall und Bewegung.)

Nach dieser Rede, die 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden gedauert hatte, verlangen der Ministerpräsident und der Handelsminister gleichzeitig das Wort. Zunächst erhält es der:

Ministerpräsident Graf Reichenow: Meine Herren, es ist nicht leicht ein widerwärtigeres Thema mit größerem Interesse von mir angehört worden, und ich glaube, das liegt darin, daß es so sehr viel Neues war, was ich hörte. Fast Alles, was der Vorredner mitgetheilt hat, war für mich neu und ich kann sagen, falls völlig neu für mich. Er hat ganz recht, wenn er es angedeutet hat: Wenn ich die Thatfachen so gekannt hätte, wie er sie dem Hause dargestellt und dargestellt hat, wenn ich die Ueberzeugung gewonnen hätte, die er sich angeeignet hatte, so würde ich freilich den Brief an den Präsidenten des Hauses nicht geschrieben, jedenfalls nicht so abgefaßt haben, als es geschehen ist. (Beifall.) Ich wiederhole, m. H., wenn ich die Ueberzeugungen getheilt hätte, die sich Herr Kaster angeeignet hat. Das war aber keineswegs der Fall, sondern das Gegenteil, und daher bin ich nur meiner Pflicht nachgekommen, einer Pflicht, die ich auch am Schlusse des verlesenen Schreibens angedeutet habe. Die Regierung will ganz gewiß nun und nimmermehr, ebensowenig wie irgend ein Patriot in diesem Hause, daß unser preussisches Beamtenbureau forumpirt werde, oder daß es forumpirt erscheinen im Auslande. Unsere Gegner würden sich ja nur darüber freuen. Ich habe daher mit Anerkennung zu begreifen, daß selbst der Vorredner, so sehr er auch sonst in der Rolle des Anklägers aufgetreten sein mag, doch anerkennt, daß seine Ermittlungen im Ganzen und großen Aufschuldigen gegen das preussische Beamtenbureau nicht rechtfertigen würden, — so glaube ich ihn wenigstens verstanden zu haben (Zustimmung). Ich bin dafür sehr dankbar. Die Staatsregierung hat aber die Pflicht, nicht allein den Irrwegen, die von einzelnen ihrer Angehörigen eingeschlagen werden mögen, zu folgen, und sie zu verfolgen; sondern die Regierung hat auch die Pflicht, sie zu säubern vor Anschuldigungen, die vielleicht zu Unrecht gegen sie erhoben werden. Die stenographischen Berichte der Zeitungen werden ja wieder in Ausföhrlichkeit alle die Behauptungen wiedergeben, die wir von dem Vorredner gehört haben, auch in Bezug auf den Beamten, den ich zu vertreten habe. Sie werden begreifen, m. H., daß in diesen Anschuldigungen sehr vieles enthalten ist, was als böß gravierend erscheint; nach der Darstellung, die wir erhalten haben, habe ich wenigstens den Eindruck davon empfunden (Bewegung); aber fern sei es von mir, Jemanden zu verurtheilen, ohne ihn gehört zu haben. (Zustimmung.) Also nach dem alten Rechtsgrundsatz man höre auch den anderen Theil, werde ich auch in diesem Falle verfahren. (Sehr gut. Beifall.) Ich enthalte mich jeder weiteren Beleuchtung dessen, was sich aus solchem Verfahren ergeben könnte. Eines möchte ich nur noch anführen, um dann meinem werthen Kollegen sehr gern das Wort zu überlassen, das ist die von dem Vorredner angedeutete Absicht, eine Untersuchung von Thatfachen über diese Verhältnisse zu beantragen. Ich muß im Allgemeinen bemerken, daß ich nicht wohl weiß, wo die Grenze zu finden ist zwischen den Verhältnissen, die aufgekär werden sollen, zwischen den Thatfachen und dem Beamten, der bei dieser Gelegenheit zu beichtigen sein wird. Ich muß also in dieser Beziehung mir meine Entschuldigungen vorbehalten, darüber, welche Stellung die Regierung annehmen wird zu dem Antrage des Herrn Kaster, zu befinden, wenn der Antrag vorliegt.

Handelsminister Graf zu Eppstein: Wenn ich auch nicht im Stande bin, auf Alles, was der Vorredner in Bezug auf meine Verwaltung vorgebracht hat, gleich heute hier zu antworten, so sind es doch einige Punkte, die ich gleich berichtigen kann. Was zunächst den zuletzt verlesenen Brief betrifft, wo es heißt, der Minister müßte Geringfügige Eisenbahnakt n haben, (Unruhe), so bitte ich, sich gefälligst an der Börse zu erkundigen (Heiterkeit), ob ich irgend eine derartige Aktie besitze, weder Börsen noch irgend eine andere. (Unruhe.) Ja, meine Herren, erkundigen Sie sich nur an der Börse, da weiß man ganz genau, welche Minister Aktien haben und was für welche sie haben. In Bezug auf die Wagner'sche Angelegenheit, auf die Behauptung, ich hätte gegen das neue Bundesgesetz die Konzeption bewilligt, da muß ich erwidern: ich behaupte, daß das Gesetz noch nicht gültig war, als ich die Konzeption bewilligte. (Widerpruch. Unruhe und Heiterkeit.) Was nun mein Verfahren im Allgemeinen betrifft, so ist das sehr einfach, ich will es ihnen ganz klar legen und daraus wird sich ergeben, daß immer sehr viel im Lande sein müssen, die mit mir unzufrieden sind. Und die zufrieden sind, die schweigen auch nicht still, nein, die verlangen immer noch mehr. (Heiterkeit und Unruhe.) Wenn ein Komite sich meldet, so wird zunächst geprüft, ob die Bahn wohl überhaupt irgend einen Nutzen für das Land hat, oder nicht. Wenn das bejaht wird, erst dann wird die Erlaubnis zu den Vorarbeiten erteilt. Im Uebrigen aber bemerke ich, daß diese Erlaubnis noch kein Anrecht auf Konzeptionen giebt, und daß also die Staatsregierung in dieser Beziehung völlig freie Hand hat. Also aus Erlaubnis zu Vorarbeiten folgt noch kein Recht zur Konzeption. Wenn dann die Konzeption er-

theilt werden kann und ich dann die Ueberzeugung gewinne, daß zu viel gefordert ist, daß ich als Staatsbeamter billiger hätte bauen können, dann streiche ich so und so viel von der Summe herunter, und alle diejenigen, denen ich diese Summe herunterstreiche, die schreiben dann. (Große Unruhe.) Alle die Umstände, die hier vorgehen zwischen den Herren Unternehmern, ja die geben mich ja gar nichts an. Ich kann doch davon nichts wissen. Ich verlange nur: stellt mir die Kautions und dann bant in der und der Zeit; bant ihr nicht, dann ziehe ich die Kautions ein. Wenn also hier Dinge passiren, die nicht in der Ordnung sind, dann bin ich nicht schuld daran diese Dinge unbedingt zu verhindern und zu verbieten, dazu fehlt mir die Macht in der Handhabe des Gesetzes. Summa summarum, ich habe es Ihnen schon so oft gesagt und wiederhole es heute, am besten wäre es, daß künftl. die Hauptbahnen nur aus Staatsbahnen beständen und höchstens die Neben- und Verbindungsbahnen Privatbahnen wären. — Heute in diesem Hause auf alles Weitere, was vorgebracht ist, noch näher einzugehen, bin ich für jetzt nicht im Stande.

Um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr verläßt sich das Haus in großer Bewegung bis Sonnabend 11 Uhr.

#### 40. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 8. Februar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Graf Ippolit und Camphausen mit mehreren Kommissarien.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung fort. Zunächst ist folgender Antrag des Abg. Kaster eingegangen, der in seiner gestrigen Rede bereits angekündigt war und von zahlreichen Mitgliefern des Hauses unterstützt wird: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) In Gemäßheit des Artikels 82 der Verfassungsurkunde eine Untersuchung derjenigen Thatfachen zu veranlassen, welche geeignet sind, Informationen darüber zu gewähren a) in welchem Maße die Seitens der Staatsverwaltung bei Ertheilung von Eisenbahn-Konzessionen den Unternehmern auferlegten Nachweisungen und Pflichten hinsichtlich der Erfüllung derjenigen Zwecke gesichert haben, welche die hierüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften und allgemeinen Verwaltungsnormen, insbesondere der Behufs authentischer Feststellung des Herstellungskapitals, zu erreichen beabsichtigen; b) ob und in welchem Maße die Verträge und Vorgänge bei der Ausführung der Bauprojekte mit den gesetzlichen Vorschriften, allgemeinen Verwaltungsnormen und den Nachweisungen der Unternehmer thatsächlich übereinstimmen haben. — 2) Mit der Führung dieser Untersuchung eine Kommission von 7 Mitgliedern zu betrauen. 3) Die künftl. Staatsregierung zur Mitwirkung bei dieser Untersuchung einzuladen. (Der Antrag wird selbstständig, außerhalb des Eisenbahnetats behandelt, d. h. gedruckt und eventuell nach Ablauf von drei Tagen auf die Tagesordnung gesetzt werden.)

Das Haus wendet sich nunmehr dem älteren, bereits in der Budget-Kommission erörterten Antrage Kasters zu:

Die Staatsregierung aufzufordern, ein Verzeichnis aller seit dem Jahre 1862 nachgesuchten, erteilten und verfallenen Konzeptionen zu Eisenbahnbauten vorzulegen und in dem Verzeichnis anzugeben:

a) die Namen derjenigen Antragsteller, welche die Erreichung der Konzeptionen für sich oder für Andere betrieben, sowie die Namen derjenigen, welche die Konzeption erlangt haben; b) die Bahnlängen, wie sie von den Antragstellern projektiert und von der künftl. Staatsregierung genehmigt;

c) diejenigen Summen, welche anlässlichmäßig zur Aufbringung in Stamm-Aktien, Stamm-Prioritäts-Aktien und Prioritäts-Obligationen bewilligt;

d) die Bedingungen, welche bei Ertheilung der Konzeption oder später für die Aufbringung der Summen, für die Einzahlungstermine oder anderweitig den Konzeptionsantrag auferlegt worden sind.

Wir bemerken, daß dieser Antrag formell bereits an der Spitze der gestrigen Diskussion stand und daß das Schreiben des Ministerpräsidenten sowie die große Rede Kasters sich an ihn knüpfen, während er materiell erst heute zur Beratung gelangt, sein Wortlaut also auch erst heute gebraucht wird.

In Betreff der gestrigen Rede des Abg. Kaster bemerken wir, daß einige Ziffern in unserem Bericht ungenau sind, daher auf den Wortlaut des stenographischen Berichtes verwiesen werden muß.)

Handelsminister Graf zu Eppstein: Meine Erwiderung auf die gestrigen Ausführungen, resp. Anschuldigungen des Herrn Kaster kann ich heute definitiv und vollständig noch nicht abgeben, da dazu eine Recherche der behaupteten Thatfachen gehört und vor Allem die genaue Kenntnisaufnahme dieser Behauptungen selbst, daher ich zunächst den stenographischen Bericht der gestrigen Rede abwarten will. Es wäre möglich, daß in Folge der Dinge, die der Ministerpräsident gestern vorgebracht hat, Herr Kaster selbst nicht auf Verfolgung seines Antrages bestehen wolle. Sollte er aber doch angenommen werden, so habe ich zu bemerken: Im Allgemeinen ist das, was der Antrag fordert, eine Zusammenstellung der Statuten, die sich gedruckt in der Gesetzsammlung und in den Amtsblättern befinden. Insofern wäre es eine Arbeit des Zusammenfassens, der ich mich gerne unterziehe. Sie wird aber Zeit erfordern. Bedenklicher würde es sein, und noch mehr Zeit erfordern, wenn auch die Art und Weise der Feststellung der Bahnlängen, mitgetheilt werden sollte. Da müßten sehr weitläufige Verichterstattungen und Vorträgen Seitens der beteiligten Kreise, Kommunen und Städte zusammengeführt werden. Wenn Sie mir die dazu nöthige Zeit bewilligen, so bin ich im Allgemeinen dem Antrage nicht entgegen. Außerdem muß ich doch noch auf das das gestern Gehörte, so viel mir davon im Gedächtnis geblieben ist, zurückkommen. Es ist gesagt worden, ich hätte eine Bahn, die durch Neumarkt geführt werden sollte, aufgeschaltet. Diese Bahn, gründete sich seitens der Herren, die sich darum bewarben, auf die Annahme, daß das Projekt der Bahn von Reginz nach Rothenburg, Greifenhagen, Stettin bis zur Ostsee-Windung ausgegeben sei; daß war aber nicht der Fall und ich habe die Herren nur einfach von dieser irrthümlichen Voraussetzung in Kenntniß gesetzt. — Wenn Herr Kaster ferner gestern erklärte, er habe nicht gesagt, daß die Wagner'sche Bahn verkauft worden sei, so ist das nach dem stenographischen Bericht richtig. Aber daß das, was er gesagt, so aufgefäht werden mußte hat Herr Berger bewiesen mit seiner Anfrage: hat Herr Wagner die Konzeption für gutes baare Geld verkauft oder nicht? (Heiterkeit.) Der Behauptung, ich hätte die Konzeption an die Herren Wagener, Schuster und Ober gegen das Gesetz bewilligt, muß ich nochmals widersprechen. Das Gesetz galt noch gar nicht, als die Forderung vorgebracht wurde. (Widerpruch. Rufe: oh! pui!) Damals waren auch die Namen dieser drei Herren keineswegs läbel berichtigt. (Hört!) Daß die Herren solche Dinge thun würden, wie sie Herr Kaster gestern vorgebracht hat, das habe ich weder geglaubt noch wissen können. Herr Kaster ist gewiß ein ehrenwerther Mann (Heiterkeit); aber was er gesagt hat, muß erst festgestellt werden. Daß ich immer die großen Herren heranziehe, muß ich entschieden bekennen. Ich bitte Herrn Kaster den Hirschen Putbus zu befragen, ob ich ihn beangezogen habe: es wird im Gegentheil antworten; ich hätte ihm Schwierigkeiten gemacht. Die frühere Konzeption des Fürsten Putbus lautete: Berlin-Stralsund. Er will nun eine weitere Bahn über den Boden nach Arkong bewirken. Ob er damit zu Stande kommen wird, weiß ich nicht, eine Konzeption dazu hat er noch nicht einmal nachgesucht, achsweise bekommen. Sollte es ihm gelingen, diese Bahn zu Stande zu bringen, so wäre das ein großes Glück sowohl für den ganzen Verkehr nach dem Norden, als auch im Interesse der betreffenden Landes- theile. Was den Prinzen Biron betrifft, so soll ich gesagt haben, eine Konzeption bis an die Grenze würde nichts helfen und nachher hätte ich die Konzeption doch gegeben. Das geht ganz natürlich zu. Ich habe gestern schon erwähnt, daß dies ein wesentliches Compelle war, um etwas zu erreichen, was für die Provinz Schlesien von größter Wichtigkeit ist. Es existirt bereits in Polen eine Bahn von Warschau nach Lodz. Diese kann fortgesetzt werden zunächst nach Sieradz und von da entweder nach Podzameze oder nach Kalisz. Wird sie russischerseits nur nach Kalisz genehmigt, so wäre das für Schlesien ein großes Unglück, dann würde die Bahn von Warschau nach Breslau in einem Bogen um Schlesien herumgehen. Ich habe deshalb immer dahin gearbeitet, daß die Bahn auch nach Podzameze genehmigt werde, und erst als ich die Hoffnung hatte, daß diese Genehmigung russischerseits erteilt würde, habe ich

die Konzeption bis an die Landesgrenze erteilt. Das Statut aber lautet ausdrücklich Delz-Warschau preussischer Antheil. Für Stronsberg habe ich keinen Enthusiasmus gezeigt, ich habe ihn weder empfohlen noch protegirt, das muß er selbst bestätigen. Ich habe ihm erlaubt dem Lande nothwendige Eisenbahnen zu bauen, die ich auf andere Art nicht bekommen konnte, so die ostpreussische Südbahn von Pillau bis zur Landesgrenze, so die beiden anderen gestern genannten; wenn dieselben heute noch nicht rentiren, so ist das natürlich. Die Bahn 2 Meilen südlich von Syd wird bis nach Brest-Litewski fortgesetzt und ist im Bau. Wenn sie fertig ist und der Verkehr von Russisch-Lithauen auf der direkten Bahn nach Königsberg und Pillau gehen kann, so wird sie sich nicht nur als nützlich sondern auch als rentabel erweisen. Ebenso ist es mit den Linien Frankfurt-Posen und Halle-Sorau-Guben. Die Bahn erhält den vollen Genuß ihrer Rentabilität erst dann, wenn die Linie Posen-Thorn-Bablonow-Inslerburg fertig ist, was hoffentlich noch in diesem Jahre geschieht. Im Ubrigen hat der Handelsminister weder das Recht noch die Verpflichtung, für die Rentabilität nützlicher Bahn einzustehen. Leute, die Aktien zeichnen, stehen nicht unter meiner Vormundschaft. Den Enthusiasmus für Stronsberg haben nicht nur Gründer und Spekulant gehabt — ich wurde wegen des Mangels daran sogar als ein Sonderling betrachtet — sondern die klügsten und bedeutendsten Leute (Auf: die Bank!) Die Bank hat ganz andere Verhältnisse zu beurtheilen, und Sache der Verwaltung ist es, zu entscheiden, welche Wechsel sie annehmen will oder nicht. Ich berufe mich auf die Provinzen, die unter meiner Verwaltung Eisenbahnen erhalten haben, ob sie dankbar anerkennen, daß ich die Schwierigkeiten dabei nicht gescheut habe. So viel für heute.

Abg. von Goltberg beantragt den vorliegenden Antrag von der heutigen T. D. abzusehen, um ihn mit dem Antrage auf Einsetzung einer Untersuchungskommission zu kombiniren und später beide zugleich zu diskutieren. Der Antragsteller Abg. Kaster hat gegen diese letztere Absicht nichts zu erinnern, bittet aber doch die Absehung von der T. D. nicht sofort zu beschließen, sondern erst dann, wenn diejenigen Redner, die in Folge der gestrigen Verhandlung sich zu äußern etwa gedrungen fühlen, zu Wort gekommen sind. Jene dieses Recht zu verschränken erwiderte ihm, dem das Haus anlässlich seines Antrages gestern sich so gründlich zu äußern gestattet habe, doppelte unbillig. — Das Haus tritt dieser Ansicht bei.

Abg. Berger (Witten): Es drängt mich zunächst, Herrn Kaster im Namen aller meiner politischen Freunde meinen aufrichtigen Dank für den Muth, die Hingebung und die bewundernswürdige Geschäftlichkeit auszusprechen von der sein gestriger Vortrag ein so glänzendes Zeugniß gegeben hat. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, daß das ganze Haus gestern mit mir gefüllt hat, wie Herr Kaster den großen Verdiensten, welche er bereits um die Gesetzgebung und Verwaltung des Landes sich erworben, ein neues glänzendes Blatt hinzugefügt hat, und ich bin überzeugt, daß heute das Land wenn es seine gestrige Rede vor Augen bekommt, in dieses Urtheil einstimmen wird, ich kann mich jetzt nicht in das umfangreiche Material, welches er gestern gab, vertiefen; ich will mich nur für meine Person gegen einen Vorwurf verwahren, welchen er gestern dem ganzen Hause machte. Er erklärte, daß er erst nach langem Widerstreben, nachdem jahrelang in den verschiedenen Gruppen des Hauses große Uebellstände der Eisenbahn-Verwaltung im Stillen besprochen worden wären, aber Niemand sich gefunden hätte, sie öffentlich zu rügen, sich in seinem Gewissen verpflichtet und gedrungen gefühlt habe nun Vorgehen auf diesem Gebiet. Da ich mich seit Jahren mit dem Eisenbahnwesen eingehend beschäftigt habe, so trifft dieser Vorwurf auch mich. Ich konstatire deshalb vor Ihnen und dem Lande, daß niemals auch nur im Entferntesten fobiel Material an mich herangetreten ist, als es Herrn Kaster gestern glücklicherweise zu Gebote stand. Mir sind von links und von rechts her Mittheilungen über Schäden in der Eisenbahnverwaltung gemacht worden; wenn ich aber meine Pflicht als Volksvertreter gemäß die Betroffenen aufforderte, mir das Material in irgend einer Weise beweisfähig zu machen, so waren sie dazu nicht im Stande. Ich meinerseits habe aber gerade deshalb, weil ich für meine Äußerungen als Abgeordneter nicht verantwortlich bin, mich verpflichtet gefühlt, mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen und erst dann mit solchen Beschwerden hervortreten, wenn ich sie so begründen konnte, wie es gestern Herr Kaster that. Zudem glaube ich persönlich an jene hochwichtige Thatfache, welche Herr Kaster gestern vor Ihnen und dem Lande konstatirte; ich glaube nämlich an die Integrität derjenigen hohen Beamtenkreise, mit denen wir uns hier zu beschäftigen haben und daß Hr. Kaster aus dem so umfangreichen und wichtigen Material, welches ihm vorlag, auch diese Ueberzeugung gewonnen hat, gereicht ihm selbst und sicherlich Ihnen allen zum größten Trost. Ich kann nun aber nicht umhin, mein tiefstes Bedauern darüber auszusprechen, daß der Ministerpräsident, trotzdem er seine gestrige Äußerung revidirte, es angemessen gefunden hat, in einem förmlichen Schreiben, welches er in amtlicher Eigenschaft an den Präsidenten dieses Hauses richtete, Gelegenheit zu nehmen, eine Insinuation gegen Herrn Kaster auszusprechen. (Sehr wahr! Links.) Wenn irgend einer in diesem Hause sitzt, der nicht Gegenstand einer derartigen Insinuation sein sollte, dann ist es gerade Hr. Kaster, denn seit den sieben oder acht Jahren, daß ich hier mit ihm zusammenstehe, ist von Freund u. Feind seine absolute Integrität, seine bewundernswürdige Uneigennützigkeit auf allen Gebieten stets freudig anerkannt worden. (Sehr wahr!) Das hätte dem Ministerpräsidenten bekannt sein müssen, und wenn der Brief nicht von ihm selbst konzipirt ist, wie ich annehmen muß, so hätte er die größte Vorsicht anzuwenden müssen und aus dem Konzept einen derartigen Passus herausstreichen müssen. Sein Verfahren ist doppelt erschwerend dadurch, daß zwischen der betreffenden Äußerung Kasters und dem Datum des Schreibens ein so großer zeitlicher Zwischenraum liegt. In diesen 17 Tagen hatte der Ministerpräsident vollauf Zeit und Gelegenheit sich zu unterrichten über die persönliche Stellung Kasters und er hätte sich dann seine gestrige Revokation sparen können. Ich selbst bin freilich über die Insinuation des Minister-Präsidenten nicht erstaunt, denn ich habe an mir selbst erfahren, daß er für Denunziationen und Verleumdungen gegen seine politischen Gegner ein offeneres Ohr hat, als es einem Staatsbeamten in so hoher Stellung zusteht. (Bewegung.) Ich bedaure, daß er nicht hier ist; sonst würde ich ihm selbst die Worte wiederholen, indeß wird er sie lesen, er wird sie verstehen und mir Recht geben müssen. Der Handelsminister hat uns zugefagt, daß er den stenographischen Bericht der Kasterschen Rede aufs Eingehendste studiren will; ich empfehle ihm das Studium aufs Dringendste und namentlich den Passus, in welchem derselbe erklärt, daß die Integrität in den betreffenden Beamtenkreisen allerdings von ihm anerkannt würde, daß aber die nämlichen Kreise der Bedeutung der Geschäfte nicht gewachsen seien. (Sehr wahr!); weiter will ich dem Handelsminister nichts sagen, ich überlasse ihn, wie gesagt, seinem eigenen Nachdenken. (Große Heiterkeit.) Ich komme zum Antrage Kaster und konstatire dabei, daß ich bereits vor drei Jahren als Kommissar des Hauses die Regierung aufforderte, die Gesuche um Eisenbahnkonzessionen der Landesvertretung mitzuthellen, und sie darauf aufmerksam machte, daß im Publikum große Zweifel herrschten, ob mit diesen Eisenbahnkonzessionen nicht nach Gunst und Gnade verfahren werde, wenn ich selbst auch diesen Glauben nicht hätte. Im Interesse der Regierung läge es, durch rückhaltlose Mittheilung der Konzeptionsgesuche diesem Mißtrauen ein Ende zu machen. — Die Äußerung des Handelsministers zu dem Antrage Kaster hat mich nun überzeugt, daß er den Antrag gar nicht verstanden hat. (Sehr richtig!) Der Minister meinte, die Konzeptionen seien ja alle durch die Gesetzsammlung veröffentlicht, es würde ein großes Stück Arbeit sein, aus denselben alle Konzeptionen herauszufinden. Doch das ist nicht die Hauptsache des Kasterschen Antrags. Er verlangt in Position a, daß die Namen der Antragsteller, welche die Erreichung der Konzeptionen für sich oder andere betrieben, sowie die Namen derer, welche die Konzeptionen erlangt haben, veröffentlicht werden. Daß die Konzeptionen durch die Gesetzsammlung resp. die Amtsblätter veröffentlicht werden, wissen wir Alle und Herr Kaster besonders. Derselbe will, daß die Land-Verwertung erfahre, welche Vorkommen mit Gesuchen um konzeptionirte Linien eingebracht sind, um daraus zu ersehen, ob im Handelsministerium die Konzeptionen nach Gunst und Gnade vertheilt worden sind. — Der Handelsminister hat namentlich hervor, daß bei Ertheilung der Konzeptionen für die Pommersche Zentralbahn an die bekannte Firma, Schuster,

Ober, Wagener oder Wagener, Ober, Schuster das Aktiengesetz von 1870 dar- auf noch keine Anwendung gehabt habe, weil es noch nicht in Kraft gewesen. Da der Handelsminister heute die Wiederholung dieser Bemerkung für passend hielt, so muß ich hier dieselben widersprechen. Allerdings fehlten noch vier Tage, bis das Gesetz in Wirksamkeit trat, aber es war schon von allen legis- lation Faktoren festgestellt und durch die Gesetzsammlung publiziert. Hätte nun der Herr Minister ganz bona fide gehandelt, so hätte er die Konzeption hiernach nicht mehr ertheilt, da die Gesetzgebung über das Aktien-Gesellschafts- wesen jetzt anders entschieden hatte. Der Minister will dann Herrn Strous- berg nicht als einen bedeutenden „Stern am Himmel des Eisenbahnhorizonts“ anerkannt haben. Dem widerspricht aber ein gewisser Toast des Ministers in Götting bei Eröffnung der Berlin-Göttinger Bahn auf denselben Dr. Strous- berg (Hört! Hört! links, Bewegung und Lachen rechts). Bis mich der Herr Minister korrigiert, halte ich den Toast als Thatsache aufrecht. Ich empfehle die Annahme des Antrags Kaser.

Der Handelsminister: Jetzt augenblicklich weiß ich überhaupt nicht, ob ich bei der Eröffnung der Göttinger Bahn zugegen gewesen bin; was ich für einen Toast ausgedrückt habe, weiß ich noch viel weniger. Ich werde recherchieren lassen, ob ich überhaupt dagewesen bin. (Hört! Hört!) Würde der Toast nachgewiesen, so müßte ich es allerdings auf mich nehmen. Vor der Hand bestreite ich es. Darüber, daß der Herr Ministerpräsident für Vorleum- dungen empfänglich sei, bin ich nicht autorisiert, ein Wort zu sagen. Nur das will ich bemerken: Der Abg. Berger sagt, der Ministerpräsident hätte Zeit gehabt, sich genügend zu informieren. Ich weiß von der ganzen Situation nichts, aber es wäre doch wohl möglich, daß der Herr Ministerpräsident die Negative, das Vernein dieser Insinuation erst kurz vor dem gestrigen Tage erfahren hat. Wenn dies der Fall ist, dann ist der Vorwurf ein unbegrün- det. — Was die Namen betrifft, die die Herren zu wissen wünschen, so ist mit Ausnahme eines Mannes, des Herrn Sabey aus Münster, der eine Kon- zeption auf seinen Namen bekommen, in meiner Zeit kein einziger Fall vor- gekommen, daß Jemand eine Konzeption auf seinen Namen bekommen hat. Der Erwähnte war als vermögend u. sachkundig bekannt, erhielt deshalb die Konzeption für eine ganz kurze Strecke; er ist später krank geworden und nicht im Stande, den Bau durchzuführen; er steht in Gefahr seine Konzeption zu verlieren. Auf Namen lauten die Konzeptionen nie. Das gewöhnliche Verfahren ist, daß das Komitee einen Geschäftsführer wählt, der die Korrespondenzen führt. End- lich habe ich vorhin noch einen Punkt vergessen, nämlich wegen der Bahn Freiwalde-Stargard. Vorgehen früh habe ich die Vorarbeiten dieser Bahn erhalten. Ich habe sie zu prüfen, ebenso die sogenannte Bilanzierung, mit der ich alle Ursache habe vorsichtig zu sein. Wenn die Vorarbeiten und die Bil- anzierung genügen, dann steht der Konzeption Nichts entgegen.

Abg. Graf Renard verzieht nach der Rede Bergers auf's Wort.  
Abg. Schröder (Königsberg): Der Herr Handelsminister hat zu dem Abg. Glaser gesagt, daß er eine Bahn durch die Neumark niemals aufgeben habe, und auf die Bemerkung, daß er die Bahn von Freiwalde nach Pom- mern aufgeben, erwidert, er habe sich nicht entschließen können, weil die Breslau-Freiburg-Schweidnitzer Bahn habe bauen wollen, und er diesem Unter- nehmen nicht in den Weg treten wollte. Die Sache liegt so, daß sowohl das Freiwalder Komitee als die Breslau-Schweidnitzer eine Bahn durch die Neu- mark bauen wollte. Es liegt mir ein Rezipit des Handelsministers vor, worin er die Breslau-Schweidnitzer abschlägig bescheidet, weil er dem Freiwalder Komitee nicht hinderlich sein wollte. Heute hat er gesagt, er habe den Bau dem Freiwalder Komitee abgeschlagen, weil er der Breslau-Schweidnitzer nicht in den Weg treten wolle. Außerdem habe ich noch eine Eingabe der letzteren Gesellschaft vor mir, in welcher es heißt: „Es ist uns nicht unbekant, daß ein Komitee, gestützt auf die Kontinental- und Reichseisenbahngesellschaft, den Bau einer Bahn nach Hinterpommern beabsichtigt, und daß die bezüglichen Vorarbeiten Ew. Excellenz wiederholt zur Entscheidung vorgelegen haben. Diesen Bestrebungen wollen wir nicht entgegenstehen, würden vielmehr bereit sein, mit allen Anträgen zuzustimmen, sofern die Konzeption nur diesem Kom- itee zuzufle.“ Es wird nun auch davon gesprochen, daß man der Berlin- Stettiner Eisenbahngesellschaft den Bau dieser Bahn übergeben wolle. Diese Thatsachen erlaube ich mir anzuführen, weil sie meiner Auffassung nach ein eigentümliches Licht werfen auf die Art und Weise, wie der Handelsminister das Konzeptionswesen handhabt.

Regierungskommissar: Ich kann konstatieren, daß ein vollständiges Mißverständnis vorliegt. Das Projekt einer Bahn über Rüstzin wurde von einem Komitee verfolgt und die Breslau-Schweidnitzer Bahn baut augenblicklich eine Bahn nach Rüstzin, Stettin, Ostwinde. Das zweite Projekt Königsberg- Berlin ist gerade mit Rücksicht auf die Bahn Berlin-Stargard, die vom Frei- walder Komitee betrieben wird, zurückgewiesen worden und die Freiburger Bahn hat auf ihn Projekt verzichtet.

Abg. v. Meier (Arnswalde): Ich will nur ein Paar Worte auf die Rede des Abg. Berger entgegnen. Er hat den Abg. Kaser in hohem Maße wegen seiner Uneigennützigkeit gepriesen. Ich habe nichts dagegen. Er hat seine Integrität besonders glorifiziert und es fehlte nur noch, daß er uns erfuhr, uns zur Anerkennung derselben von unsern Seiten zu erheben. (Unruhe links.) Seine Integrität beweise ich nicht; aber sie ist einfach seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit. Wenn man meine Integrität zu rühmen wollte, so würde ich es für eine halbe Beleidigung halten. Es ist dies um so wunderbarer, als der Abg. Berger gleichzeitig es gewagt hat, die Integrität des Minister- präsidenten anzuzweifeln. Ich halte es für die Aufgabe der konservativen Partei, dergleichen Insinuationen entgegenzutreten; ich weise sie zurück.

Die Diskussion über den Antrag wird geschlossen.  
Abg. Berger (persönlich): Es ist mir nicht im Traum eingefallen, die Integrität des Ministerpräsidenten anzuzweifeln. Ich habe nur gesagt, daß ich aus eigener Erfahrung weiß, daß der Herr Ministerpräsident mehr als

sein hohes Amt es zuläßt seinen Gegnern gegenüber Insinuationen und Denun- ziationen leicht zugänglich ist. (Unruhe rechts.) Das will ich beweisen.

Abg. Kaser: Ich will nur die Äußerung berühren, daß ich gestern dem Hause den Vorwurf gemacht: Niemand hätte bis jetzt den Gegenstand zur Sprache gebracht. Ich habe gesagt, es sei mir wie vielen Andern gegen- gen, daß die allgemeine Verwirrung gehört, daß Nähere und Bestimmte zum Beweis gehörige nicht erlangt hätten. Deshalb hätten sie auch nicht vor das Haus treten können.

Bei der Abstimmung wird gemäß dem Antrage v. Gottberg's die Be- schlußfassung über den Kaser'schen Antrag ausgesetzt, worauf das Haus in die eigentliche Sitzungsberatung eintritt.

Reg.-Komm. Weishaupt: Als der Eisenbahnetat im vorigen Jahr zur Verhandlung kam, wurde mit energischen Worten eine Abhilfe des Notstandes gefordert, der durch Mangel des Betriebmaterials und durch das enorme Steigen des Handelsverkehrs entstanden war. Es wurde empfohlen, das Be- triebsmaterial zu vermehren, den Bau der zweiten Geleise zu beschleunigen und die Stationsanlagen zu vergrößern, das Barmenpersonal besser zu be- solden und die Verwaltung mehr zu dezentralisieren. Die Staatsregierung war bedacht, diesen Rathschlägen Folge zu geben. Der vorliegende Etat enthält weitere Vorschläge. Nur in Betreff der Vermehrung des Betriebmaterials konnte im letzten Jahre noch nicht genügend gesorgt werden, weil die indu- striellen Establishments nicht im Stande waren die Aufträge zur Ausführung zu bringen. Die Staatsregierung wird bemüht sein das Fehlende nachzuholen. Aus der genaueren Spezialisierung der einzelnen Titel, welche die Budgetkom- mission verlangt hat, können Schwierigkeiten für die Verwaltung entstehen. Gerade die Eisenbahnverwaltung kann sich an die Sätze des Stats nicht genau binden, sofern es der Verkehr beansprucht, dem sie vor allen Dingen genügen muß. Es könnte leicht der Fall eintreten, daß ein ängstlicher Verwalter sich zu sehr beschränkt zum Nachtheil des Verkehrs oder sich über die feststehenden Summen hinausgeht in der Hoffnung, die Mehrausgaben recht fertigen zu können.

Zu Kap. 17 (Eisenbahn) bemerkt Abg. Donalies: Aus den Betriebsberichten der Döbner von 1864 bis 1870 geht hervor, daß sich der Güterver- kehr über Alexandrow in einer viel größeren Proportion vermehrt hat als der über Göttingen, in Folge eines Vertrages, den die Döbner mit der großen societé der russischen Bahnen abgeschlossen hat. Dadurch, daß die Güter über Alexandrow gehen, laufen sie auf preussischen Bahnen 20 Meilen we- niger als über Göttingen. Es ist dies eine Schädigung der Einnahme und erschwert den Grenzverkehr. Ganze Distrikte von der Grenze bis zur nächsten Station Insterburg werden durch diesen Vertrag beschädigt. Verträge von so bedeutender Wirkung sollten nicht ohne Genehmigung dieses Hauses geschlossen werden. Eine Petition der Interessenten liegt zur Zeit noch der Kommission für Finanzen und Zölle vor. Anfangs der 60er Jahre nämlich schloß die Döbner mit der großen societé einen Vertrag, betr. den direkten Güterver- kehr, ab. Dadurch werden die Speditoren an der Grenze vermieden und man ist für einen solchen Vertrag sehr eingenommen. Einem direkten Güterverkehr stehen aber an der russischen Grenze bedeutende Hindernisse entgegen. Erstens das breitere Geleise der russischen Bahnen, welches zum Umladen der Wagen zwingt. Dann ist aber der russische Zolltarif ein Wunderbau mit unendlich viel Thüren, Hinterthüren und Schlupflöchern und das geringste Versehen des Absehens kann der strengen Strafbestimmungen wegen eine Konfiskation zur Folge haben. Alle diese Gründe bewirken, daß der Absender seine Waaren lieber nach Göttingen an die Speditoren schickt, um von diesen das Weitere besorgen zu lassen. Deshalb hatten sich in Göttingen ungefähr 200 Kauf- leute niedergelassen. In der letzten Zeit ist nun der Stadt das Recht einer Verbandsstation genommen und alle Waaren müssen über Insterburg und Alexandrow gehen. Die Distrikte zwischen der Grenze und Insterburg müssen deswegen ihre Sendung nach Insterburg zurückgeschicken und erst von dort gehen sie wieder nach Russland, so daß der Transport doppelt bezahlt werden muß. Ein solcher Zustand ist wohl in keinem andern Staate zu finden. Ich frage also die Staatsregierung, ob sie über die Dinge noch eben so denkt wie früher, oder den Vertrag aufheben will. Im ersteren Falle würde ich bei der dritten Lesung eine Resolution einbringen.

Abg. Rath Simon: Der angefochtene Vertrag ist einer der Verträge über Verbandsverkehr, wie sie zu tausenden abgeschlossen werden; sie sind not- wendig und bisher unangefochten. Wenn der Vorredner behauptet, daß die Handelsinteressen an der russischen Grenze geschädigt würden, so ist er uns den Beweis schuldig geblieben. Es erwachsen dem Verkehr Schwierigkeiten dadurch, daß die preussischen Wagen nicht durchgehen können, wegen des brei- teren Geleises der russischen Bahnen. Sodann erkenne ich auch die Unbequem- lichkeiten des russischen Zolltarifs an, aber die preussische Regierung hat nur eine geringe Einwirkung in dieser Beziehung auf die russische Regierung. Die Beschwerden der Göttinger Speditoren will ich nicht näher erörtern, da die Petitionen in diesem Hause behandelt werden und zu Bemerkungen Veran- lassung geben wird.

Abg. Donalies: Der Regierungskommissar scheint nur einzelne Worte meiner Rede verstanden zu haben. Er hat von dem Zolltarif gesprochen. Ich weiß allerdings, daß die preussische Regierung ihn nicht abändern kann. Wenn er aber sagt, ich hätte keinen Beweis für meine Behauptung geführt, so will ich nur die Thatsache erwähnen, daß die Zahl der Kaufleute von 200 auf 40-50 herabgesunken ist, lediglich, weil sie das Expeditionsgehalt verloren haben. Ich muß nochmals betonen, daß die Grenzdistrikte ihre Sendungen nicht direkt vorwärts schicken können, sondern immer erst nach Insterburg oder einer andern Verbandsstation. Verträge von so einschneidender Wirkung sollten nicht unter der Firma solcher Eisenbahnverträge geschlossen werden. Ich werde über den vom mir angelegten Punkt in der dritten Lesung eine Resolution einbringen.

Das Kapitel 17 wird hierauf den Anträgen der Kommission gemäß an- genommen.

Ferner beschließt das Haus auf Antrag der Budget-Kommission: 1) Die

Staats-Regierung aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Session eine Vorlage über die Normen zu machen, nach welchen etwa aus Besoldungstiteln andere Verwendungen statthaben dürfen. 2) Die Erwartung auszusprechen, daß aus Besoldungstiteln nicht Funktions-Zulagen bewilligt werden.

Zu Tit. 23 der außerordentlichen Ausgaben (Subvention zu dem von Odenburg auszuführenden Bau einer Bahn von Rensschanz nach Jhrhoc) bemerkt Abg. Windthorst (Weppen), daß diese Bahn die Schiffahrt auf der unteren Weser zu Gunsten Hollands aufs Empfindlichste schädigen und das blühende Papenburg geradezu ruinieren müsse. Vor Allem fehlt die Einsicht in die bezüglichen Verträge, bis zu deren Mittheilung die Beschlußfassung über die Position ausgesetzt sei.

Ministerialdirektor Weishaupt: Die Nothwendigkeit der Bahn sei in der Kommission bereits anerkannt, und die Gründe, welche die Regierung zur Wahl dieser Linie bestimmt, seien daselbst eingehend erörtert worden.

Abg. Berger (Witten): Nicht die Furcht vor einer Schädigung der Schiff- fahrt der Weser, sondern der Interessen der Stadt Papenburg mache ihn zum Gegner der Bahn, sondern deren unzumuthbare Anlage, der Umweg von einer Weile, den sie mache, der bei einer Bahn von internationaler Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfe.

Abg. Bruns weist die Bedenken gegen das Projekt zurück, und bittet mit der Budget-Kommission die Subvention zu bewilligen.

Abg. Miquel schließt sich dem Antrage auf Zurückverweisung der Posi- tion an die Budget-Kommission an, da die heute geltend gemachten Gesichts- punkte in der Kommission nicht zur Sprache gekommen sind und die Einsicht in die Verträge in der That wünschenswerth ist. Die Stadt Leer protestirt gegen das Projekt, weil sie die in Aussicht genommene Bahnbrücke nicht erhält, und die Stadt Papenburg protestirt dagegen, weil sie die Brücke erhalten soll, welche ihre Schiffahrt ruinieren würde. Beide Umstände motiviren hinrei- chend die vorläufige Abweisung der Position.

Regierungs-Kommissar Weishaupt hat dagegen nichts einzuwenden, da er durch Verlegung der Verträge, die Zweckmäßigkeit des Projekts nach- weisen hofft. Der Bau der Brücke bei Leer würde die Kosten enorm erhöhen, und die damit verbundenen Vortheile würden hierzu in keinem Ver- hältniß stehen.

Auf Antrag Glaser konstatirt, daß in der Budget-Kommission von keiner Seite Bedenken gegen das Projekt geltend gemacht worden seien; den Antrag Windthorst glaubt Redner Namens der Kommission nicht entgegenzutreten zu sollen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen, womit die Be- ratung des Eisenbahnetats erledigt ist. Er ist in allen seinen Theilen geneh- migt. Zum Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung bemerkt Ref. Glaser, daß die Anträge der Kommission fast ausschließlich formalen Inhalts seien und sich hauptsächlich auf größere Spezialisierung der einzelnen Titel u. s. w. bezögen.

Dem Tit. 10 beantragt die Kommission folgende Bemerkung hinzuzufügen: „Es wird beabsichtigt, folgende Staatswerke zu veräußern: Einige von den im ehemaligen Herzogthum Nassau befindlichen Eisenstein- und Braunkohlen- gruben, die Hüttenwerke zu Malapane und zu Solingenbütte, die Eisengießerei zu Berlin, das Kupfer- und Kobaltwerk bei Riechelsdorf und das Salzwerk zu Staßfurt.“

Abg. Schmidt (Stettin) richtet mit Hinweis auf eine Petition wegen Erhaltung des nassauischen Salzwerks zu Staßfurt, welches sich als äußerst produktiv erweise, die Anfrage an die Regierung, ob es sich nicht empfehle, dieses Salzwerk dem Staate zu erhalten.

Regierungs-Kommissar Krug von Nidda: Das Salzwerk zu Staßfurt stehe zur Zeit am dem Kulminationspunkt seiner Rentabilität. Vorausgesetzt würden schon in den nächsten Jahren wegen der lebhaften Konkurrenz von Privatunternehmungen die Einnahmen bedeutend herabsinken. Daher sei der jetzige Moment zum Verkauf sehr geeignet. Die Befürchtung der Landwirth- schaft, daß die Anlage in die Hände einer monopolistischen Gesellschaft fallen würde, sei unbegründet, auch habe die Landwirthschaft diesem Salzwerk bisher nur untergeordnetes Interesse zugewendet. Von den 10 Millionen Zentnern, welche Staßfurt produziert, würden höchstens 8-9 Prozent von der Landwirth- schaft konsumirt, die übrigen 9 Millionen würden zu industriellen Zwecken verwendet, und gehe zum größten Theile nach England.

Abg. Glaser v. Gronow erklärt sich mit starker Stimme gegen den Verkauf des Staßfurter Kali-Salzwerks. (Rufe: lauter!) — Mit noch stärkerer Stimme fährt der Herr Abgeordnete fort: Man findet im Volke viel Laub- heit, wenn man es wagt vor dem Gröndertum, aber auch hier im Hause scheint man mich schwer verstehen zu wollen. Die Kalisalze bringen nicht nur die Landwirthschaft, sondern auch die Glas-, die Seifen- und manche andere Fabrikation. Darum hat die Nachricht, die Regierung wolle Staßfurt ver- kaufen und die Ausbeutung und den Preis dieses Produktes einer mono- polistischen Kompagnie ausliefern, große Befürchtungen hervorgerufen. So leicht wird sich übrigens eine Gesellschaft, die 10 Millionen zählt, nicht finden, und jedenfalls sollte man den Erfolg der Vorbrungen abwarten, welche die Herren Hammer, Stengel und andere Mitglieder des Hauses unternehmen haben.

Abg. Hammer bemerkt persönlich, daß er sich nicht bloß mit dem durch die Vorbrungen herbeigeführten Resultate, also mit der Auffindung des Kalisalzes begnügt habe, sondern sofort mit einem Schachtbau vorgegangen sei, um den Fund möglichst rasch der Industrie zu Gute kommen zu lassen.

Das Haus beschließt jedoch, in der oben erwähnten Bemerkung das Staß- furter Salzwerk wegzulassen, der beabsichtigte Verkauf desselben ist somit abgelehnt. Alle übrigen Anträge der Kommission, sowie die einzelnen Titel des Stats werden unverändert bewilligt.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr. (Stat der Porzellan-Manufaktur und zahlreichere kleinere Vorlagen.)

Verantwortlicher Redakteur Dr. iur. Wafner in Vosen.

### Telegraphische Börsenberichte.

**Wien, 8. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Getreidemarkt. Wetter: Schnee. Wizen matter, hiesiger loco 8, 15, fremder loco 8, 10, pr. März 8, 10, pr. Mai 8, 7, pr. Juli 8, 6, pr. November 7, 19. Roggen matter, loco 6, 10, pr. März 6, 5, pr. Mai 6, 8, pr. Juli und pr. November 6, 10, pr. Oktober 12 1/2, pr. Mai 12 1/2, pr. Oktober 12 1/2.**

**Breslau, 8. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Februar 17 1/2, pr. April-Mai 18 1/2. Weizen pr. Februar 85. Roggen pr. Februar 56 1/2, pr. April-Mai 56, pr. Juni-Sept. 57 1/2. Rüböl pr. Februar 22, pr. April-Mai 22 1/2, pr. September-Oktober 24. Sinael fest.**

**Wien, 8. Februar. Petroleum ruhig, Standard white loco 18 Mark.**

**Hamburg, 8. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. Februar 126 pSt. pr. 1000 Kilo netto 250 B., 249 G., pr. Februar-März 126 pSt. pr. 1000 Kilo netto 249 B., 245 G., pr. April-Mai 126 pSt. pr. 1000 Kilo netto 245 B., 244 G., pr. Mai-Juni 126 pSt. pr. 1000 Kilo netto 245 B., 244 G. Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 161 B., 159 G., pr. Februar-März 1000 Kilo netto 161 B., 159 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 160 B., 159 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 160 B., 159 G. Hafer und Gerste ruhig. Rüböl geschäftlos, loco 24, pr. Mai 23 1/2, pr. Oktober pr. 200 Pfd. 73. Spiritus still, pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Februar und pr. Februar-März 45 1/2, pr. April-Mai 45 1/2. Raffee fest verändert. Umsatz 3000 Sad. Fe-**

**Breslau, 8. Februar.**

Freiburger 124. do. neue —. Ober-Schlesische 218. Rechte Ober-User- St. A. 129. do. do. Prioritäten —. Lombarden 118 1/2. Italiener —. Silberrente 67 1/2. Rumänien 46 1/2. Bresl. Diskontobank 123 1/2. do. neue —. do. Wechselbank 130 1/2. Schlesische Bankverein 162 1/2. Schlesische Centralbank 79. Bahn-Effektenbank 130. Kreditaktien 204 1/2. Ober-Schles. Eisenbahnb. 168 1/2. Courantrente 254 1/2. Defferr. Banknoten 2 1/2. Russische Banknoten 83. Bresl. Wäckerbank —. do. Wäcker B. Bank —. Berl. Wechselbank —. do. Provinz Wechselbank —. do. Prod. —. und Handelsbank —. Schlesische Bankverein 109. Hamburger Bankverein 111. Odb. Bank 102. Breslauer Provinz Wechselbank 110 1/2.

### Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Aurse.

**Frankfurt a. M., 8. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.** Schluß d. H. Bahn'sche Effektenbank lebhaft, Brauener Strahlwäckerer Stamm- aktien 175 1/2, do. Prioritäten 79 1/2. — Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 57 1/2, Franzosen 353 1/2, Lombarden 206 1/2.

**London, 7. Februar. Getreidemarkt (Schlußbericht.)** Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 3220, Gerste 6860, Hafer 14730 Quarters.

**Liverpool, 8. Februar, Nachmittags. Baumwollmarkt (Schlußbericht.)** 8000 Ballen Umsatz, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Unverändert.

**Midling Orleans 10 1/2, midling amerikan. 10 1/2, fair Döllerah 6 1/2, midling fair Döllerah 6 1/2, good midling Döllerah 6, midling Döllerah 5 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broach 7 1/2, New fair Domra 7 1/2, good fair Domra 7 1/2, fair Madras 6 1/2, fair Pernam 10 1/2, fair Smyrna 8 1/2, fair Egyptian 10 1/2.**

**Upland nicht unter good ordinary April-Mai-Eisenerzeugung 9 1/2, dsq. Januar-März-Eisenerzeugung 9 1/2 d.**

**Manchester, 7. Februar, Nachmittags. 12r Water Hemtage 10, 12r Water Taylor 12, 20r Water Wiggins 13 1/2, 30r Water Giblow 14 1/2, 30r Water Clayton 16, 40r Water Mayall 14 1/2, 40r Medio Wilkinson 16, 30r Wapcoops Qualität Rowland 15 1/2, 40r Double Wesson 17, 60r do. do. 19, Brinters 1/16, 1/16 8 1/2 pSt. 135. Mäßiges Geschäft. Preise fest.**

**Amsterdam, 8. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. Getreide- Markt (Schlußbericht.)** Roggen pr. März 187 1/2, pr. Mai 193 1/2, pr. Ok- tober 198.

**Antwerpen, 8. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minut. Getreide- Markt (Schlußbericht.)** Weizen matt. Roggen ruhig, französischer 19 1/2.

[Schlußkurs.] Lombarden 207. Nordwestbahn 233 1/2. Kreditaktien 367. Tärten 51 1/2. Silberrente 67 1/2. 1860er Rente 96 1/2. 1864er Rente 169 1/2. Un- garische Rente 76. Ungarische Rente 113 1/2. Russische Rente —. Ameri- kaner de 1882 95 1/2. Franzosen alte 353 1/2. Franzosen neue —. Berliner Bankverein 154. Bankf. Bankverein 152 1/2. Bankf. Wechselbank 105 1/2. Centralbank —. New Yorker 6proz. Anleihe 95. **Frankfurt a. M., 8. Februar, Abends. (Effekten-Gezietät.)** Amerikaner 96 1/2. Kreditaktien 368 1/2. 1860er Rente 97 1/2. Franzosen 355 1/2. Goldf. 247 1/2. Lombarden 207 1/2. Silberrente 67 1/2. Bankaktien 106 1/2. Bahn'sche Effektenbank 130 1/2. Kaufkurs. **Wien, 8. Februar. (Schlußkurs.)** Schluß matt. Silberrente 73. 20. Bankaktien 97 1/2. 00. Kreditaktien 332. 00. Fran- zosen 329. 00. Goldf. 229. 00. Nordwestbahn 217. 20. London 108. 90. Paris 42. 50. Frankfurt 92. 00. Böhmische Westbahn 237. 00. Kredit- losse 185. 00. 1860er Rente 103. 90. Lomb. Eisenbahn 192. 50. 1864er Rente 148. 00. Unionbank 249. 00. Anstro-türkische 118. 25. Napoleons 8. 67 1/2. Elisabethbahn 147. 50. **London, 8. Februar, Nachmittags 4 Uhr.** Konsols 92 1/2. Italien. 6proz. Rente 66 1/2. Lombarden 17 1/2. Tär.

Druck und Verlag von H. Döcker & Co. (H. Köpfer) in Vosen.

**Vasen unverändert. Gerste behauptet, friessche 22 1/2. Petroleum-Markt (Schlußbericht.)** Raffinirtes Typo weiß, loco und pr. Februar 44 1/2, 45 B., pr. März 44 B., u. Br., pr. September 46 B., u. B., pr. September-Dezember 46 1/2, 47 B. Rest.

**Paris, 8. Februar, Nachmitt. Prodnktenmarkt. Rüböl ruhig, pr. Februar pr. März-April 99. 75 pr. Mai-August 97. 50. Wehl be- behauptet, pr. Februar 68. 50, pr. März-April 69. 00, pr. März-Juni 69. 50. Spiritus pr. Februar 52. 75. — Wetter: Schnee.**

### Meteorologische Beobachtungen zu Vosen.

Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Osee.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
8 Februar	Nachm. 2	28° 0" 97	— 2° 0	SED 2	trübe. St.
8.	Abnds. 10	28° 1" 51	— 4° 2	DRD 2	bedeckt. Schnee.
9.	Morgs. 6	28° 1" 51	— 3° 6	SED 3	bedeckt. Ni.)
9.	Nachm. 2	28° 1" 52	— 2° 0	SED 3	bedeckt. Ni.)
9.	Abnds. 10	28° 0" 90	— 1° 6	SED 2	trübe. St.
10.	Morgs. 6	27° 11" 72	— 1° 2	SED 1	bedeckt. St.

1) Schneehöhe: 2.2 Pariser Kubizoll auf den Quadratzuß.

### Wasserstand der Warthe.

**Vosen, am 8. Februar 1873 12 Uhr Mittags 0.72 Meter.**  
9 0.74

Anleihe de 1865 53 1/2. 6prozentige Aktien de 1869 65 1/2. 6proz. Vereinteigte St. pr. 1882 91 1/2. **Paris, 8. Februar, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten.** 3proz. Rente 56. 15. Anleihe de 1871 88. 00, neue Anleihe de 1872 91. 20, Italien. Rente 66. 50, Franzosen 766. 25, Lombarden 355. 00. **Paris, 6. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Rest.** [Schlußkurs.] 3proz. Rente 56. 35 1/2. Anleihe de 1871 88. 35. Anleihe de 1872 91. 47 1/2. Anleihe Morgan —. Italien. 5proz. Rente 66. 70. do. Tabaks-Obigationen 870. 00. Franzosen (gr.) 767. 50. do. neue 765. 00. Defferr. Nordwestbahn —. Lombardische Eisenbahn-Aktien 455. 00. do. Prioritäten 256. 00. Tärten de 1865 54. 70. do. de 1869 334. 00. Tärtenlose 182. 50. Goldagio —. **Newyork, 8. Februar, Abends 6 Uhr. (Schlußkurs.)** Goldagio Notizungen des Goldagio 14 1/2, niedrige 13 1/2. Wechsel auf London in Gold 109 1/2. Goldagio 14 1/2. Bonds de 1885 116 1/2. do. neue 113 1/2. Bonds de 1865 116 1/2. Erie-Bahn 66 1/2. Illinois 121 1/2. Baumwolle 21 1/2. Wehl 7 D. 90 C. Raffinirtes Petroleum in Newyork 20. do. do. Philadelphia 20. Havannahuder Nr. 12 9 1/2. **Bracht für Getreide:** pr. Dampfer nach Liverpool (pr. Vösel) 6 1/2.